

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Ersatzlieferung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich zusätzlich Zustellgebühr Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit

Redaktion und Verlag: Berlin SW 19, Inselstr. 8a Fernruf: P 7 Jannowitz 5909. Postcheckkonto Berlin Nr. 404 60 (Internationale Verlagsanstalt G m b H.)

NUMMER 293 A

BERLIN • Mittwoch, den 11. Januar 1933

2. JAHRGANG

Kriegsgegner heraus! Organisiert die Abwehrfront!

W-r. Matsuoka, der Führer der japanischen Abordnung in Genf, hat am Montag in Mailand gelegentlich seiner Durchreise mit einem Vertreter der Telegraphen-Union über den Krieg im Fernen Osten gesprochen:

Japans Bestreben, so erklärte er, sei einzig darauf gerichtet, aus der Mandchurei einen unabhängigen (!) militärisch und wirtschaftlich gesicherten Staat zu machen. Wenn aber chinesische Generale dort ihr Wesen trieben, dann sei das gleichbedeutend mit der Schaffung eines Chaos, das Rußland benutzen werde, die Bolschewisierung weiter nach Asien zu tragen.

Von der Mandchurei bis Japan sei es aber nur ein Schritt. Obwohl die Beziehungen zu Rußland zur Zeit freundschaftlicher Art seien, so werde Japan doch niemals dulden, daß Rußland Asien bolschewisiere.

Japan mache keine Ansprüche auf die Mandchurei und wolle sie nicht einmal geschenkt haben; aber wie England auf ein unabhängiges (!) Ägypten und Amerika auf ein unabhängiges Panama nicht verzichten könnten, so könne auch Japan nicht auf die unabhängige Mandchurei verzichten. Japans Stellung zum Völkerbunde werde sich nicht ändern solange sich nicht der Charakter des Völkerbundes als eines beratenden Zirkels ändere. Wenn jedoch der Völkerbund zu einem eigenen Staat werde und Befehle erteilen wolle, dann mache Japan nicht mehr mit Matsuoka erklärte, daß er in Genf sehr offen und freimütig sprechen werde. Er werde sagen: „Wenn ihr den Frieden in Asien wollt, dann stützt endlich unsere Position, wenn ihr aber das Chaos wollt, das vielleicht einen Weltenbrand heraufbeschwören wird, dann stellt euch auf die Seite Chinas.“

Das ist wieder der alte japanische Appell an die Imperialisten der Welt, sich durch keine Differenzen der imperialistischen Mächte unter einander den Blick trüben zu lassen für die Generalausensetzung zwischen kapitalistischem Imperialismus und Kommunismus.

Stalin hat, wie wir bereits berichteten, vor den Führern der Kommunistischen Partei Rußlands gesprochen. Ueber die außenpolitisch wichtigste Stelle seiner achtstündigen Rede erfährt das „Berliner Tageblatt“ von seinem Moskauer Korrespondenten:

Stalin weist darauf hin, daß die Sowjet-Union sich kürzlich wegen der „Nichtunterzeichnung angebotener Nichtangriffspakte durch Nachbarstaaten sowie wegen der Entwicklungen im Fernen Osten auf die Möglichkeit eines Krieges umstellen mußte. Dadurch wurde vier Monate lang ein Teil der Schwerindustrie lahmgelegt, weil ihre Umstellung auf reine Kriegsfabrikation für nötig erachtet wurde.“

„Wir hätten den Fünfjahresplan der Industrie nicht nur zu 93,7 Prozent, sondern restlos erfüllt, wenn diese Umstellung nicht notwendig gewesen wäre. Aber jetzt sind alle Lücken in der Verteidigungsfähigkeit des Landes ausgefüllt. Wir sind in dieser Hinsicht mächtig geworden und bereit, in Massen modernste Waffen herzustellen und äußere Angriffe abzuschlagen.“

„Unsere Industrie produziert heute dreimal mehr als in der Vorkriegszeit, zweimal mehr als vor Beginn des Fünfjahresplans 1928. Wir haben anderthalb Milliarden Rubel (drei Milliarden Mark) für Maschineneinfuhr aus dem Ausland ausgegeben; wir hätten dafür, wie manche Kritiker meinen, Verbrauchswaren einführen und unsere weiteren Entbehrungen, bei Verzicht auf solche Industrialisierung, vermeiden können, aber dann wären wir heute wehrlos wie China und hätten nicht die Chancen, die wir heute für eine große selbständige Eigenversorgung mit allen Gebrauchsgütern haben. Wir hätten statt Nichtangriffspakten einen tödlichen, blutigen Krieg. Die Partei hat zu höchstem Tempo angepeitscht und hat mit der Erfüllung ihrer Pläne gesiegt. Sie handelte damit richtig.“

Es ist wohl richtig, daß die Sowjet-Union, die militärisch bedrängt wird, sich für alle Fälle rüstet, um nicht, wie Stalin hier sehr richtig betont, genau wie China ein bloßes Angriffsobjekt für die Beuteluft der Imperialisten darzustellen. Aber, wie wir bereits vor einigen Tagen betonten:

die Politik der Kommunistischen Internationale ist bereits seit einigen Jahren sicher nicht richtig gewesen,

nicht richtig in dem Sinne, daß sie die Sympathien für die Sowjet-Union nicht so gestärkt hat, daß den Kriegstreibern durch die Arbeiterschaft ihrer eigenen Länder bei der Verfolgung ihrer Angriffe gegen die Sowjet-Union hinreichend viele Schwierigkeiten entstehen würden. Diese Angriffe sind jetzt in der Tat nicht bloß mehr eine übertriebene Furcht einiger Sowjet-Politiker, sondern sogar der „Vorwärts“ entschließt sich in seiner Dienstag-Ausgabe zu der Feststellung

Spitzel und Denunzianten bekommen Arbeit!

Gute Bezahlung zugesichert.

Der Berliner Polizeipräsident Melcher erließ eine Bekanntmachung, der wir folgendes entnehmen:

„Belohnung bis zur Höhe von 1000 Mark erhält derjenige, welcher der Polizei . . . Hersteller und Verbreiter illegaler kommunistischer Schriften, Herstellungsorte und Herstellungseinrichtungen für solche Schriften so nachweist, daß eine strafgerichtliche Verurteilung erfolgt. Dieselbe Belohnung bis zu der angegebenen Höhe erhält auch derjenige, der der Polizei geheime Waffen-, Munitions- und Sprengstofflager so nachweist, daß ihre Beschlagnahme erfolgt. Die Entscheidung über die Höhe und die Verteilung der zuzubilligenden Belohnung ist meinem freien Ermessen überlassen und geschieht unter Ausschluß des Rechtsweges. Angaben, die streng vertraulich behandelt werden, und deren Ursprung geheimerhalten wird, sind . . .“

Das sind die Methoden, die angewandt werden, um linke-stehende Arbeiter ans Messer zu liefern. Was dabei herauskommt, konnte man wiederholt in den politischen Prozessen der jüngsten Vergangenheit beobachten.

Aber auch für die Polizei ist das Verfahren ein zweischneidiges Schwert; sie kann so viele anonyme Angaben erhalten, daß ihr ganzer Apparat mit der Sichtung des Materials so stark in Anspruch genommen wird, daß die Spreu vom Weizen nicht mehr gesondert werden kann, da die Mehrzahl der Mitteilungen sich als mehr oder weniger haltlos erweist, während es sich andererseits bei oberflächlicher Sichtung nicht vermeiden ließe, daß auch einmal zuverlässige Angaben übersehen und nicht nachgeprüft werden. Schließlich will jede Behörde ihre Daseinsberechtigung nachweisen. Hat sie keine Beschäftigung, so schafft sie sich eine oder sorgt dafür, daß ihr eine beschafft wird.

Und die Früchte . . .

Die „Rote Fahne“ teilt eine typische Spitzelarbeit mit, wie sie bei kommunistischen Genossen versucht wurde. Bei der Frau eines Genossen sprachen eines Tages zwei Männer mit (gefälschten) Ausweisen des ZK der KPD vor und wollten Adressenmaterial haben. Die Frau ging aber nicht auf den Leim, und die Spitzel mußten unverrichteter Dinge wieder abziehen.

„daß man einem neuen Krieg im Weltmaßstabe mit jedem Tag näher rückt, wenn nicht sehr bald . . . dem japanischen Imperialismus Einhalt geboten wird.“

Die Vorschläge, die dieses Zentralorgan einer der größten Arbeiterparteien zur Verhinderung des Krieges macht sind allerdings mehr als kläglich. Die SPD hat — eine Interpellation im Reichstag eingebracht, und zwar wird darin die Regierung Schleicher gefragt, ob sie gedenkt, gegen den Krieg im Fernen Osten etwas zu unternehmen. Die Vorstellung der Sozialdemokraten über den Pazifismus aktiver Generale ist offenbar noch immer genau so verworren wie 1914. Von der internationalen Arbeiterschaft ist in dieser Resolution, die wir der historischen Treue wegen abdrucken, keine Rede. Von einem Appell an die Arbeiterschaft ist auch in dem langen „Vorwärts“-Leitartikel, der sich an den Abdruck der Resolution anschließt, nicht die Rede. „Völkerbund muß handeln!“ schreibt der „Vorwärts“ in seiner Überschrift, womit dem „beratenden Zirkel“, wie Matsuoka ihn ironisch nennt, offenbar zu viel zugemutet wird.

Die organisierte Aktion gegen den Krieg hat vorläufig noch immer nur sehr schwache Ansätze; denn daß die Berufung auf den Völkerbund hier ein Unfug ist, leuchtet ein. Wenn überhaupt die internationale Organisation der Arbeiterschaft einen großen Sinn haben soll, dann müßte er sich jetzt zeigen: die Verhinderung des Krieges kann jetzt,

wo die Imperialisten ihn für nützlich halten, weil er sich gegen die Arbeiterklasse wendet und außerdem neue Gebiete für den kapitalistischen Markt aufschließt, nur noch von der Arbeiterschaft erwartet werden.

Alle, die grundsätzlich für den Kapitalismus sind, werden auch in dem kommenden Krieg nicht auf der Seite der Kriegsgegner stehen; sie werden bestenfalls mit wehleidigem Ge-

AUS DEM INHALT:

Sportsmäßige Angestellten-Schinderei.
Arbeitsbeschaffung durch Wohnungsbeschaffung.

Der mißglückte Aufstand in Spanien.
Der subventionierte Pressesumpf.
Die Internationale der Kriegsanwälte.

Es ist sehr zweckmäßig, in Fällen wie dem vorliegenden, sich nicht auf papierene Ausweise zu verlassen, da solche bei der heutigen „fortgeschrittenen“ Drucktechnik nur zu leicht zu fälschen sind. Man sollte grundsätzlich gegen Fremde auch mit den schönsten Ausweisen äußerst vorsichtig sein und ihnen wenigstens keine vertraulichen Auskünfte oder Materialien geben. Eine gutfunktionierende Organisation wird auch immer bekannte Personen für solche Aufträge verwenden, so daß das Vorweisen von Ausweisen, wenn nicht überflüssig, so doch zum mindesten weniger wichtig wird. Im vorliegenden Fall wäre es gut gewesen, die Frau hätte noch versucht, die Personalien der Fälscher, eventuell mit Hilfe von Nachbarn oder anderen Zeugen, festzustellen. Ganz verfehlt ist es natürlich, solche zweifelhaften Personen in die Wohnung eintreten zu lassen.

Es kann nämlich sonst passieren, daß bald darauf Sachen in der Wohnung gefunden werden, die vor der Anwesenheit der fraglichen Herren überhaupt nicht darin waren und die dann zur Auszahlung der vom Polizeipräsidenten ausgesetzten Belohnungen führen, umso mehr als in der Regel von den heutigen Gerichten die Richtigkeit der Tatsachen von „Linksverdächtigen“ nicht anerkannt wird.

jammer die vielen Opfer betrauern, die die Tragik des Weltgeschehens über das Menschengeschlecht gebracht habe. Da die Arbeiterorganisationen vorläufig mit unterschiedenen Taten noch zögern, da vorläufig noch keine der internationalen Organisationen ausdrücklich zum Zweck der Kriegsverhinderung zusammengetreten ist, wird es Zeit, daß alle Organisierten ihre Organisationen und Spitzenorganisationen auffordern, wenigstens jetzt solche Schritte zu unternehmen.

Daneben aber muß bereits heute jeder Einzelne mit aller Schärfe der ihm zu Gebote stehenden Intelligenz und unter Ausnutzung aller seiner politischen Erfahrung prüfen, was er selber bereits jetzt tun kann, um an der Stelle, wo er steht, dafür zu sorgen, daß beim Ausbruch eines Krieges dieses mörderische Unternehmen an der Tatkräft der Kriegsgegner zusammenbricht.

Selbstverständlich soll sich die Hauptkraft darauf richten, den Krieg gar nicht erst ausbrechen zu lassen, und, wenn irgend möglich, alle an diesem Verbrechen Interessierten von den Posten zu verjagen, in denen sie dank der Schlafmützigkeit der Arbeiterschaft geblieben oder in die sie wieder hineingelangt sind. Aber diese Aufgabe, die mit der Verwirklichung des Sozialismus zusammenfällt, brennt heute nicht so auf den Fingernägeln wie die andere:

den mörderischen Schlag zu parieren, zu dem der Imperialismus und die herrschende Klasse bereits ausgeholt haben, den drohenden Weltkrieg.

Die Interpellation.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat folgende Interpellation eingebracht:
„Ist die Reichsregierung bereit, angesichts der Vorgänge in Ostasien im Völkerbund den Standpunkt einzunehmen, daß Japan durch seine kriegerischen Aktionen gegen China und

Der mißglückte Aufstand in Spanien.

Die Unruhen in Barcelona haben sich am Montag gelegt. Die Polizei beschlagnahmte zahlreiche Waffen und Munitionslager.

In Madrid haben die Syndikalisten versucht, Kasernen und einen Militärflugplatz einzunehmen. Es kam zu einem scharfen Feuergefecht, in dem der Militär Sieger blieb. Zwei Personen wurden getötet, mehrere verwundet. Zahlreiche Verhaftungen wurden von der Polizei vorgenommen.

Auch in Saragossa und Cadix und anderen Orten kam es zu Unruhen. In Cadix wurden zwei Personen in einem Feuergefecht getötet.

Die Bewegung, die von Barcelona ausging, hat auch auf die Kanarischen Inseln übergegriffen. Auf der ganzen Insel ist der Generalstreik ausgerufen worden, der gesamte Verkehr liegt still. In verschiedenen Orten kam es zu heftigen Zusammenstößen mit der Polizei.

In einigen Orten Spaniens sind am Montag abend die Unruhen wieder aufgelebt.

Besonders in Barcelona und in der Gegend von Valencia wurde der Aufstand mit großer Schärfe geführt. Es kam zu mehreren Bombenexplosionen, angeblich verwendeten die Syndikalisten auch Giftgasbomben. Telefon- und Lichtleitungen wurden durchgeschnitten. In Cadix, Valencia und Cuenca wurde zum Generalstreik aufgerufen, es kam aber nur zu Einzelstreiks. Der Maschinenmeister eines Elektrizitätswerks in Oviedo, der sich am Streik nicht beteiligte, wurde erschossen.

Insgesamt sind bei den Unruhen etwa 40 Menschen ums Leben gekommen. 75 sind zum Teil schwer verwundet.

Das spanische Innenministerium erklärt zu den Unruhen, daß der Plan der Aufständischen darin bestanden hätte, zuerst mehrere Kasernen zu stürmen, die Arbeiter mit den dort vor-

gefundenen Waffen auszurüsten und dann den großen Schlag gegen die Regierung auszuführen. Dieser Plan war der Regierung schon vor Beginn der Unruhen bekannt. Sie hat in allen Kasernen erhöhte Alarmbereitschaft angeordnet. Nur in einer Kaserne, in Lerida, war das Telegramm mit den Anordnungen der Regierung nicht rechtzeitig eingetroffen; dort konnte infolgedessen der Angriff der Syndikalisten nicht so leicht abgeschlagen werden wie an den übrigen Orten.

Die Tatsache, daß die Regierung von den Plänen der Syndikalisten Wind bekommen hatte, konnte diesen nicht unbekannt geblieben sein; denn seit Tagen war die Presse voll von Berichten über einen bevorstehenden Umsturzversuch. Zudem forderten die kleineren Sabotageaktionen und Schlägereien, die seit über einer Woche in allen Teilen Spaniens vorgekommen sind, die Behörden geradezu zu verstärkter Wachsamkeit heraus. Mit einer Verschärfung der staatlichen Schutzmaßnahmen mußte also gerechnet werden. Unter diesen Umständen müßten die Syndikalisten im Besitz einer ausgezeichneten Organisation und mit einem taktisch einwandfreien Plan ausgerüstet sein, um den Aufstand mit Erfolg durchzuführen.

Selbstverständlich können wir diesen Umsturzversuch nicht in allen Einzelheiten beurteilen, da uns diese nicht bekannt sind. Die vorliegenden Berichte lassen jedoch erkennen, daß es sich bei der ganzen Bewegung nicht um eine einheitliche Aktion, sondern um einzelne Geplänkel handelte. Der Sturm auf die Kasernen mißlang; in Orten, wo der Generalstreik ausgerufen wurde, kam es nur zu kleinen Streikbewegungen, in einigen Dörfern wurde am Rathaus eine rote Fahne hochgezogen und der Kommunismus ausgerufen, der dann so lange währte, bis die Polizei kam.

Derartige Aktionen, die gar nicht zum Erfolg führen können, sind nur geeignet, die Kampfkraft der Arbeiter zu schwächen.

durch die Schaffung des künstlichen Mandschukuostaates den Völkerbundsakt und den Kellogg-Pakt gebrochen hat?

Ist die Reichsregierung bereit, im Völkerbund, dessen Ansehen schon durch sein bisheriges Verhalten in dieser Sache schweren Schaden erlitten hat, dafür einzutreten, daß dieser von der japanischen Regierung die sofortige und bedingungslose Anerkennung und Ausführung des Lytton-Berichtes verlangt, widrigenfalls sämtliche Unterzeichner des Völkerbundsstatutes und des Kellogg-Paktes die Verpflichtung übernehmen würden, die diplomatischen und handelspolitischen Beziehungen zu Japan unverzüglich abzubrechen?

Ist die Reichsregierung bereit, ihren Vertreter im sogenannten 19er Ausschuß des Völkerbundes dahin zu instruieren, daß er die sofortige Einberufung einer außerordentlichen Völkerbundsversammlung verlangt, auf der zu dem Verhalten Japans Stellung genommen wird?"

Der Krieg in China.

Japan als Hüter von Verträgen.

Das Bombardement chinesischer Truppen durch japanische Flugzeuge wird von der japanischen Presse bestätigt; es handelt sich um zwei chinesische Brigaden in der Provinz Jehol. Nakamura, der Oberbefehlshaber der japanischen Armee in China, hat erklärt, er

werde diese Brigaden „angreifen“, falls sie nicht die Provinz Jehol verlassen.

(Das Bewerfen mit Bomben ist also nach Ansicht dieses Herrn noch kein „Angreifen“.)

Die japanischen Aktionen im Bereich der Bahn Schanghai-Kiang—Tsinwangtau—Tientsin—Peping

sind noch nicht weitergetrieben worden. Eine halbamtliche Meldung aus Tokio läßt die japanischen Absichten von neuem erraten. Danach „stützt sich“ das japanische Unternehmen bei Schanghai-Kiang auf das Boxerprotokoll von 1901. Dieses Protokoll bestimme, daß sich in einem Streifen von zwei Meilen beiderseits der Bahn Schanghai-Kiang—Tientsin keine chinesischen Truppen aufhalten dürfen. Den Schutz dieser chinesischen Zone vertraut aber das Boxerprotokoll nicht den Japanern allein an. Wenn diese sich trotzdem bei Schanghai-Kiang zu alleinigen „Hütern“ des Protokolls aufgeworfen haben, so läßt das erwarten, daß sie im Bewußtsein dieser Mission und unter Berufung auf das Protokoll ihre Aktion bis Tientsin ausdehnen werden. Die genannte halbamtliche Meldung aus Tokio schließt denn auch mit der Feststellung, daß „die Lokalisierung der Unternehmung bei Schanghai-Kiang vom weiteren chinesischen Verhalten abhängig sei“; eine Ausdehnung der japanischen Aktion wird also nicht abgelehnt.

23 japanische Kriegsschiffe mit Landungstruppen an Bord

befinden sich jetzt in chinesischen Gewässern. Sie haben Befehl, nach Tsinwangtau zu gehen und dort zu ankern. (Mitteilung der japanischen Admiralität.)

Der Kommandeur des englischen Geschwaders vor Tsinwangtau, dessen Vermittlungsvorschlag, wie wir mitteilten, vom japanischen Oberbefehlshaber Nakamura abgelehnt worden war, hat sich dann an die chinesischen Lokalbehörden gewandt. Diese haben erklärt, nur die Nankinger Regierung könne solche Verhandlungen führen. Die Chinesen konnten in der Tat nicht auf diese Vermittlung eingehen, nachdem Nakamura soeben dem vermittelnden Engländer gesagt hatte: Verhandlungen kämen erst in Frage, nachdem die Chinesen vor den japanischen Forderungen kapituliert hätten. Nakamura hat neuerdings die Katze aus dem Sack gelassen, indem er erklärt hat, wie er sich die „örtliche Beilegung“ des Konflikte denkt: er

schlägt die Schaffung eines Pufferstaats mit Schanghai-Kiang als Hauptstadt vor.

Wie aus Nanking amtlich gemeldet worden ist, ist in der Sitzung des Kriegsrates am Montag beschlossen worden, an die chinesische Armee einen Rundbefehl zu erlassen, der die Alarmbereitschaft sämtlicher chinesischer Truppen anordnet. Es heißt darin, daß der Marschbefehl täglich zu erwarten sei.

Blutige Kämpfe in Indien.

Der verhängnisvolle Kampf zwischen Hindus und Mohammedanern, eines der stärksten Hemmnisse des indischen Kampfes gegen die britische Herrschaft, ist wieder neu aufgeflammt. In Bombay kam es am Sonntag zu schweren Zwischenfällen. Drei Personen wurden getötet, 23 verletzt. Die Kämpfe wurden dadurch hervorgerufen, daß mehrere spielende Kinder einen Mohammedaner mit ihrem Ball am Kopf trafen. Dieser bedrohte die Kinder, worauf andere Mohammedaner und Hindus herbeieilten. Die Streitigkeiten arteten bald zu einem blutigen Kampf aus, in dem Messer und Stöcke als Waffen verwendet wurden. Die Bevölkerung wurde von einer Panik ergriffen, und die Geschäfte und Wirtschaften verbarrikadierten ihre Türen. Die Kämpfenden hielten zwei Straßenbahnwagen an, rissen die Insassen heraus und bearbeiteten diese mit Messern.

Die Polizei stellte die „Ruhe und Ordnung“ mit Hilfe des Gummiknüppels wieder her.

Aufstand in Alwar.

In dem indischen Staat Alwar ist ein Aufstand des mohammedanischen Stammes der Meo ausgebrochen, der sich zum Teil gegen die übermäßigen Steuern richtet, die von dem Maharadscha erhoben werden, zum anderen Teil gegen die Hindus. Etwa 80 000 Meos sind an dem Kampf beteiligt. Da sie nicht nur zu den kriegerischsten Stämmen Indiens gehören, sondern außerdem unter der Führung früherer indischer Soldaten stehen und 2000 ehemalige Kriegsteilnehmer unter sich haben, ist es den Truppen bisher unmöglich gewesen, den Aufstand zurückzuschlagen. Hunderte von Dörfern der Hindus werden geplündert und in Brand gesteckt, die Hindu-Heiligtümer werden zerstört. Eine große Anzahl von Menschen sind bei den Kämpfen getötet worden. Bei einem Sturm der Meos auf ein Regierungsgebäude kamen allein 80 Aufständische ums Leben.

Der Maharadscha hat um militärischen Beistand aus Britisch-Indien gebeten. 600 Mann Infanterie, 400 Mann Kavallerie und zwei Panzerwagen rücken aus Delhi an.

Welch zwingender Beweis für die britischen Imperialisten, daß ihre Anwesenheit in Indien für die Aufrechterhaltung von „Ruhe und Ordnung“ unentbehrlich ist!

Die „Friedenskonferenz“.

Einstein gegen das Genfer Theater.

Einstein erklärte in einem Interview, das in der amerikanischen Zeitschrift „Magazin“ veröffentlicht worden ist, daß die Genfer Friedenskonferenz nicht nur eine Tragödie sei, sondern die dort anwesenden Staatsmänner leisteten obendrein den Kriegsbestrebungen unter dem Vorwand, Frieden zu stiften, noch Vorschub. Die Welt sei heute vom Frieden ebensoweit entfernt, wie 1918. Wenn die Amerikaner Frieden haben wollten, müßten sie sich zusammen mit den europäischen Staaten weigern, Kriegsmaterial herzustellen und zu kämpfen.

Für den nächsten Krieg.

Die belgische Regierung hat bei der englischen Flugzeugfirma Fairey eine große Anzahl schneller Kampfflugzeuge und Bombenflugzeuge bestellt. Die genaue Zahl der bestellten Maschinen wird nicht bekanntgegeben.

Von der Arbeit der argentinischen Polizei.

Argentinien gehört zu den Ländern, in denen von Zeit zu Zeit „Verschwörungen rechtzeitig aufgedeckt“ und „Putschversuche unterdrückt“ werden. Erst vor wenigen Wochen wurden bei einer solchen Gelegenheit zwei ehemalige Staatspräsidenten, Irigoyen und Alvear, verhaftet. Alvear ist vor einigen Tagen auf eine Insel verbannt worden. Neuerdings hat die argentinische Polizei, wie das Innenministerium bekanntgibt, eine Reihe kleinerer „Umsturzversuche“ unterdrückt. U. a. sollen Anhänger Irigoyens einen Truppentransportzug angegriffen haben. Zahlreiche Verhaftungen in ganz Argentinien. Was in Wahrheit hier vorgeht, können wir zur Zeit noch nicht übersehen.

Die kolumbische Regierung hat in einer Note an den Völkerbund den kolumbisch-peruanischen Streit geschildert. Sie beschwert sich über die Tätigkeit peruianischer Banden und meint, eine Unterstützung dieser Bandentätigkeit seitens der peruianischen Regierung würde einen Bruch der Völkerbundsatzung, des Kellogg-Paktes und der übrigen zwischen Peru und Kolumbien geltenden Verträge bedeuten.

Weltfriede und Arbeiterbewegung.

Von Edo Fimmen.

Sekretär der Internationalen Transportarbeiter-Föderation.

III.

Die Periode der direkten Aktionen gegen den Krieg.

Ich kann mit Befriedigung feststellen, daß es nicht nur bei den Worten geblieben ist. Die Jahre, die darauf gefolgt sind — ich komme noch darauf zurück — haben in mancher, ich möchte sagen fast in jeder Hinsicht Enttäuschungen in der Praxis gebracht, die diesem theoretischen Bekenntnis der Gewerkschaften hatten folgen müssen. In den Jahren, die unmittelbar auf den Weltkrieg folgten, als die Arbeiterklasse noch frisch unter dem Eindrucke der Kriegsgreuel stand, hat sie allerdings ein paar Mal gezeigt, daß sie nicht nur bereit und in stande war, ihren Willen in schön gefaßten Resolutionen zum Ausdruck zu bringen, sondern daß sie auch den Willen und die Macht dazu besaß, diese Resolutionen in die Tat umzusetzen. Ich erinnere nur an den Boykott Ungarns 1920 (in den Monaten Juni, Juli und August). Es war keine Bekämpfung der direkten Kriegsgefahr, d. h. es war kein Krieg zwischen zwei Nationen, zwischen zwei Ländern; aber in Ungarn selber herrschte Krieg. Die weiße Reaktion schändete und mordete die Arbeiterschaft, tausende Gewerkschaftler und Sozialisten schmachteten in den Gefängnissen und Gefangenlagern, Hunderte wurden auf fürchterlichste Weise gefoltert und zu Tode gemartert. Da war es zum ersten Mal in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung, daß die Arbeiter ihre ökonomische Macht anwendeten, um den Arbeitsbrüdern in einem anderen Lande zu helfen. Die Eisenbahner und Transportarbeiter außerhalb Ungarns, ganz besonders die Eisenbahner und Transportarbeiter Oesterreichs, haben sich damals geopfert, nicht für ihre eigenen unmittel-

baren Interessen, sondern für die Arbeiterschaft in einem von der Kriegskamarilla beherrschten Lande. Weder Drohungen der Ententeregierungen, welche die weiße Reaktion in Ungarn nach Kräften unterstützten, noch die Bitten der eigenen Regierung, die damals in Oesterreich eine sozialistische war, haben die österreichischen Arbeiter davon abgehalten, ihre volle Pflicht zu tun, und als die Unternehmer den Arbeitern an den österreichischen Grenzstationen anboten, für jeden Waggon, den sie von Oesterreich nach Ungarn oder umgekehrt von Ungarn nach Oesterreich hinein ließen, einen vollen Jahreslohn zu zahlen, wurde dies von den durch vier Kriegsjahre und einen fürchterlichen Winter ausgehungerten österreichischen Arbeitern höhnend zurückgewiesen. Während der zehn Wochen, welche der Boykott dauerte, ist kein einziger Waggon von Oesterreich nach Ungarn oder von Ungarn nach Oesterreich gelangt. Das zeigt, welche Macht die Arbeiterschaft besitzt, wenn sie den Willen zur Tat hat, und wenn sie bereit ist, den Preis zu zahlen.

Im selben Jahre gab es Krieg zwischen Polen und Rußland, ein Krieg der seitens der Ententemächte mit Geld, mit Waffen, mit Soldaten unterstützt wurde. Eingedenk der Resolution, welche die Transportarbeiter wenige Monate vorher auf ihrem Kongresse in Oslo gefaßt hatten, erließ die Transportarbeiter-Internationale an alle Transportarbeiter, Seeleute und Eisenbahner den Appell, den Transport von Kriegsmaterial nach Polen zu unterbinden. Freudig haben die Transportarbeiter aller Länder diesen Aufruf befolgt. In den verschiedenen Häfen Europas — so in Großbritannien, in Belgien, Frankreich und Deutschland — haben sich die Transportarbeiter geweigert, Kriegsmaterial zu verladen, und zahlreich sind die Fälle, in denen sie es unter Zurücksetzung ihrer eigenen Interessen durchgeführt haben. Ich entsinne mich eines Falles — ich könnte mehrere anführen — wo, nachdem es trotz aller Wachsamkeit der Kriegsindustrie gelungen war, vier Waggons Kriegsmaterial aus Frankreich durch Belgien in den Antwerpener Freihafen zu bringen, von wo aus dasselbe in ein nach Danzig fahrendes Schiff verladen werden sollte, dies noch im allerletzten Augenblick verhindert wurde. Ein Unterstationsvorsteher einer kleinen Station vor Ant-

werpen vernahm die soeben mitgeteilte Tatsache und setzte sich sofort mit der Mannschaft einer sich auf seiner Station befindlichen Lokomotive in Verbindung. Mit dem Lokomotivführer und dem Heizer fuhr er dann in den Freihafen, und während er selber die Aufmerksamkeit der wachhabenden Gendarmen auf sich lenkte, kuppelte Lokomotivführer und Heizer die Wagen an ihre Maschine und brachten die Munition unter den Kugeln der Gendarmen aus dem Antwerpener Freihafen heraus. Ich zitiere auch diesen Fall nur deshalb, weil sie von revolutionärem Geist erfüllt sind und den Willen zur Tat haben.

Niemand anders als Rykoff, damals stellvertretender Vorsitzender des Rates der Volkskommissare der Sowjetunion, hat auf dem Kongresse der Dritten Internationale erklärt, daß, wenn es im Jahre 1920 der Bourgeoisie der kapitalistischen Länder nicht gelungen sei, Sowjetrußland niederzurufen, dies der aktiven Solidarität der Arbeiter Westeuropas zu verdanken wäre.

Im April des Jahres 1922 hat der Internationale Gewerkschaftsbund in Rom nochmals, sich stützend auf die Tatsache, daß die Arbeiterschaft während der Jahre 1920 und 1921 nicht nur bereit war, sondern auch durch die Tat bezeugt hatte, was sie durch ihre ökonomische Macht vermochte, einstimmig eine Resolution gefaßt, die einige Monate später in großen Zügen vom Haager Friedenskongresse, an dem außer Vertretern der Gewerkschaften aller Länder Europas auch die Vertreter aller wichtigen sozialistischen Parteien, Genossenschaftler und Friedensgesellschaften zugegen waren, bestätigt wurde. In dieser Resolution wurde nochmals ausdrücklich hervorgehoben, daß der Kampf gegen den Militarismus und den Krieg mit allen Mitteln zu führen sei, nachdem in der einleitenden Rede mit Nachdruck betont worden war, daß dies in der Praxis bedeute, daß die Arbeiterschaft es vorzöge, in die Straßen hinzuzusteuern zum Kampfe gegen die eigene Bourgeoisie, um den Frieden, wenn nötig, durch einen offenen Aufstand in Stadt und Land zu erkämpfen, als daß sie noch einmal gemeinsam mit der Bourgeoisie Krieg führe gegen die Proletarier eines anderen Landes. (Fortsetzung folgt.)

Fortgang der reaktionären Machenschaften.

Papen bei Schwerindustriellen.

Am Sonnabend war Papen — wie der „Dortmunder General-Anzeiger“ erfährt — in Dortmund, wo er von dem bekannten Industriellen Springorum empfangen und in die Wohnung des Generaldirektors Voegler von den Vereinigten Stahlwerken begleitet wurde. Dort fand zwischen Papen und den beiden Großindustriellen eine eingehende Aussprache über die Wirtschaftslage und die innenpolitische Situation statt. Am Schlusse der Unterredung sei Papen gebeten worden, die Wünsche der deutschen Industriellen dem Reichskanzler vorzutragen. — Es scheint, daß sich nun alle diejenigen Reaktionen zusammen tun wollen, denen der politische Kurs Schleichers noch zu „sozial“ ist und die zum Papen-Kurs und zur schärfsten arbeiterfeindlichen Politik zurückkehren möchten.

Papen bei Schleicher: Die amtliche Mitteilung.

Am Dienstag wurde folgende amtliche Verlautbarung über den am Vormittag erfolgten Besuch Papens bei Schleicher ausgegeben: „Der Reichskanzler empfing heute Herrn von Papen zu einer Rücksprache über seine Begegnung mit Herrn Hitler vom 4. Januar und die daran geknüpften irreführenden Pressekommentare. Die Aussprache ergab die völlige Haltlosigkeit der in der Presse aus dieser Begegnung gefolgerten Behauptungen über Gegensätzlichkeiten zwischen dem Reichskanzler und Herrn von Papen.“

Einig — uneinig — einig.

Die bekannte „zuständige Stelle“ bestätigt, daß in einer am Sonnabend in der Reichskanzlei abgehaltenen Besprechung zwischen Reichskanzler, Reichswirtschaftsminister und Reichsernährungsminister eine grundsätzliche Einigung über die Agrar- und Handelspolitik erzielt worden ist. Zum wievielten Male haben sich Minister über diese Fragen „grundsätzlich“ geeinigt, um sich dann grundsätzlich über die Einzelheiten zu streiten?

Mißtrauensantrag gegen den Lübecker Senat angenommen.

In der Bürgerschaftssitzung am Montag wurde ein nationalsozialistischer Mißtrauensantrag gegen den Senat mit den Stimmen der Nationalsozialisten, der Grundeigentümer, der Deutschnationalen, des Hanseatischen Volksbundes und der Kommunisten angenommen. Die Kommunisten erklärten jedoch, sie würden in der zweiten Lesung am 17. Januar eventuell gegen den Antrag stimmen, wenn ein Antrag angenommen werde, wonach die Bürgerschaft sich selber auflösen kann und der Senat eine Erklärung abgibt, daß er seine bisherige arbeiterfeindliche Politik aufgeben wolle.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Hamburg: Donnerstag, 12. Januar, 20.15 Uhr, Volkshaus, Sachsenstraße 21. Thema: Kampf dem Schleicher-Kurs! Redner: Erna Mros (Essen).

Braunschweig: Sonnabend, 14. Januar, 20.15 Uhr, „Lesehalle“, Hintern Brüdern 23. Thema: Die Kriegsgefahr wächst. Arbeiter an die Abwehrfront! Redner: Erich Irmer, Berlin. Freie Aussprache! Eintritt frei!

Der Parteitag der ungarischen SP wurde am Sonntag beendet. Auf dem Kongreß trat eine scharfe Linksoption hervor, die sich gegen das bürgerliche und tatenlose Verhalten der Parteiführer wandte. Trotzdem gelang es dem Vorstand, sich durchzusetzen. Nach dem Parteitag fand eine Demonstration statt, die von der Polizei niedergeknüppelt wurde. Mehrere Personen wurden dabei verletzt, und vier verhaftet.

EINE BEICHT

VON THEODOR PLIVIER

Es klingelt.
An der Berliner Türen wird den ganzen Tag über von allen möglichen Leuten geklingelt. Einer will ein Abonnement auf eine Familienzeitschrift loswerden, ein anderer empfiehlt einen patentierten Gassparbrenner, ein mittelloser Akademiker wünscht eine Unterstützung, ein Maler bietet selbstangefertigte Postkartenbilder an, ein sonnenverbrannter kroatischer Händler ganz billige Bettvorleger, dann die Taubstummenanstalt, die Heilsarmee, die Arbeitslosen ...
Nachdem es dreimal geklingelt hat, öffne ich. Ein Mann steht mir gegenüber, den ich nicht gleich einordnen kann.
„Ich habe Ihr Buch gelesen, ich muß mit Ihnen sprechen, ich muß unbedingt mit Ihnen sprechen“, sagt er.
Dann sitzt er mir gegenüber.
„Also Ihr Buch ... im dritten Kapitel schildern Sie den Matrosenaufstand. Ich bin mit dabei gewesen, damals im November 1918 in Kiel.“
Er macht eine Pause. Sein Blick gleitet von der hellen Fläche der Wand zum Fenster hin, als ob das Licht ihn störe. Ich habe Zeit, ihn zu betrachten. 1918 in Kiel, — er kann damals alles gewesen sein, ein Matrose, ein Kadett, ein junger Offizier?
„Mit dem Gedächtnis ist es eine furchtbare Sache. Ich sagte Ihnen wohl schon; ich wollte eigentlich gleich kommen, schon vor ein paar Wochen. Aber heute habe ich den Stahlhelmaufmarsch gesehen.
180 000 Mann. Und die Bevölkerung an den Fenstern, — keine Hand hat sich gerührt. Auch die Arbeiter auf dem Bürgersteig, ganz still standen sie da.“

Arbeiter, Bauern und Zölle.

— In der ersten Wirtschaftspolitischen Aussprache, die der ISK in Berlin nach dem Burgfrieden veranstaltete, stand zur Diskussion das Thema: Die Schädigung von Arbeitern und Bauern durch die gegenwärtige deutsche Handelspolitik.

Nach einem kurzen einleitenden Bericht über den Zustand der deutschen Handelspolitik sowie der internationalen Handelspolitik überhaupt leitete Hellmut Rauschenplat eine Aussprache, in der vor allem die Frage behandelt wurde: Wie kann den deutschen Bauern heute geholfen werden?

Zwar stehen Getreidepreise und die Preise für Viehprodukte (Milch, Butter, Käse) dank handelspolitischer und anderer Maßnahmen ungefähr auf Vorkriegshöhe. Aber die Preise für Vieh sind, verglichen mit der Vorkriegszeit um ein Drittel gesunken (mit handelspolitischen Maßnahmen kann dagegen wenig ausgerichtet werden, weil Deutschland in bezug auf die Fleischproduktion fast autark ist). Gewiß sind auch Düngemittel um etwa ein Drittel im Preise gesunken; aber landwirtschaftliche Maschinen, Textilwaren und Baustoffe bezahlt der Landwirt teurer als vor dem Krieg (industrielle Fertigwaren sind im Durchschnitt um 14 Prozent teurer); die Ausgaben für Löhne und Sozialversicherung sind größer, und die Steuerlasten sind erheblich gestiegen. An welchem Punkt kann angesetzt werden, um den Bauern zu helfen?

Die Regierung will zur Zeit ansetzen an der Fettwirtschaft: Die Buttereinfuhr unterliegt einem Zoll von 75 Mark pro Doppelzentner; für 1933 ist die Einfuhr auf 55 000 Tonnen jährlich kontingentiert. Neuerdings sollen 15 000 Tonnen Butter dadurch aus dem Markt herausgenommen werden, daß sie der Margarine zwangsweise beigemischt werden. — Welche Bedeutung hat der Milchpreis und der Butterpreis für den Landwirt? Zum Erstaunen der meisten Anwesenden wurde festgestellt, daß die

Erhöhung des Milchpreises um 1 Pfennig pro Liter für die deutschen Landwirte eine jährliche Mehreinnahme von 170 Millionen Mark bedeutet.

Eine Erhöhung um 4 Pfennig macht bereits ebenso viel aus,

wie die Streichung der sämtlichen Schuldzinsen, die deutsche Landwirte heute zu bezahlen haben. Die Hälfte der verkauften Milch wird in Form von Butter verkauft. Eine Erhöhung des Butterpreises würde zu weiterer Abwanderung von Konsumenten zur Margarine führen. Durch eine Erhöhung des Butterpreises, wenn sie überhaupt möglich ist, könnte daher bei der heutigen Massenarbeitslosigkeit den Bauern voraussichtlich gar keine Hilfe gegeben werden.

Kann etwa von der anderen Seite her, durch eine Senkung der Kosten der Milchproduktion, den Bauern geholfen werden? Sofort antwortete ein Teilnehmer: Ja, durch Herabsetzung der Futtermittelzölle. Die anschließende Untersuchung förderte merkwürdige Ansichten städtischer Genossen über die Ernährung von Kühen zu Tage. Zwei aus landwirtschaftlicher Arbeit kommende Teilnehmer entwickelten daraufhin den

Speisezettel der Kühe. Es zeigte sich, daß da eine Ermäßigung der Selbstkosten nur bei einem kleinen Teil des Futters, bei Kleie, durch Zollherabsetzung möglich ist.

In der Aussprache wurden eine Reihe weiterer Maßnahmen zur Hilfe für die Bauern genannt. Die Befreiung von der Umsatzsteuer war der erste Einzelschritt, der gemacht wurde. Wenn Düngemittel heute billiger sind als vor dem Krieg, so steht doch außer Zweifel, daß die gegenwärtigen Preise für Kali und Stickstoff durch Monopole stark überhöht sind. Durch eine Zerschlagung dieser Monopole könnte den Bauern eine Erleichterung verschafft werden. Wichtiger ist aber: Bei Senkung der Getreidezölle und damit der Getreidepreise würde, infolge der Verbilligung des Brotes, in den Städten Kaufkraft frei für bäuerliche Veredelungsprodukte.

Das Hauptergebnis der Aussprache war: *Es ist nicht möglich, einer einzelnen Gruppe der Bevölkerung allein aus der Krise herauszuhelfen.* Ohne Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und ohne Stärkung der Massenkaufkraft kann den Bauern in Deutschland kaum spürbar geholfen werden. Die Interessen von Arbeitern und Bauern laufen daher weitgehend in derselben Richtung.

Ferienende in Genf.

Die Genfer Weihnachtsferien sind durch die Eröffnung der zweiten Tagung des Vorbereitenden Ausschusses der Weltwirtschaftskonferenz beendet worden. Der Vorsitzende des Ausschusses, Trip (Präsident der Holländischen Nationalbank) betonte in seiner Eröffnungsrede, daß der Ausschuß jetzt endlich zu praktischen Ergebnissen zu gelangen hätte, daß die Voraussetzungen dazu aber gegenseitiges Verständnis und gegenseitige Zugeständnisse seien. Sowohl Trip als auch amerikanische Sachverständige betonten, daß der Ausschuß natürlich auch über die politisch schwerwiegenden Probleme verhandeln könne.

Diese Erklärungen sind interessant im Zusammenhang mit der Forderung der Londoner „Times“ (die wahrscheinlich nicht unabhängig von der britischen Regierung erhoben worden ist), die Kriegsschuldenfrage vor Beginn der Weltwirtschaftskonferenz zu bereinigen. Die Schuldenfrage ist höchstwahrscheinlich eine der politischen Fragen, mit deren Behandlung man in Genf jetzt beginnen möchte.

Eine andere dieser Fragen ist die der Goldwährung: maßgebende politische Stellen in Washington sind angeblich der Ansicht, daß eine befriedigende Lösung der Schuldenfrage nicht möglich sei, solange England nicht zum Goldstandard zurückkehre. Der Grund für diese Forderung ist selbstverständlich der, daß England durch den niedrigen Pfundkurs und die häufigen Schwankungen Handelsvorteile erzielt. Die englische Regierung hat den Ausschuß zur Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz bereits davor gewarnt, sich mit der englischen Währung zu beschäftigen, da die Arbeiten des Ausschusses wegen dieser Bemühungen schon einmal erfolglos abgebrochen werden mußten.

In der Eröffnungsversammlung nannte der englische Finanzsachverständige Leith Ross folgende Voraus-

setzungen als notwendig für die Bereinigung der Wirtschaftskrise:

1. sofortige Regelung der interalliierten Schuldenfrage, 2. Stabilisierung der Währungen und neue Verteilung des Goldvorrats, 3. finanzieller Wiederaufbau durch Wiederherstellung der internationalen Kreditbeziehungen, Stillhalteabkommen für die privaten Schulden und Aufhebung der Devisen- und Transfer-Sperren, 4. Abbau der Handelschranken und der Schutzzollpolitik.

Es ist schwer zu verstehen, wie sich Punkt 2 mit der Weigerung Englands, zum Goldstandard zurückzukehren, und Punkt 4 mit der fünfjährigen Zollbindung verträglich, die England in Ottawa eingegangen ist.

Der amerikanische Sachverständige erklärte, daß die amerikanische Regierung mit der Regelung der Schuldenfrage vor Beginn der Weltwirtschaftskonferenz einverstanden sei. Das kann heißen, daß die Regelung der Schuldenfrage demnächst in Angriff genommen wird, kann aber auch heißen, daß der Beginn der Weltwirtschaftskonferenz solange verschoben wird, bis ein Schuldenabkommen erzielt worden ist.

Daß der Ausschuß in Genf zu positiven Ergebnissen kommt, in dem Sinne daß er, wie beabsichtigt, wichtige Fragen der internationalen Wirtschaftspolitik schon vor Zusammenritt der Vollversammlung der Weltwirtschaftskonferenz klärt, wird von keiner Seite mehr erwartet. Vielmehr rechnet man damit, daß der Ausschuß lediglich eine formale Tagesordnung für die Weltwirtschaftskonferenz aufstellt. Vorläufig wird ihm wahrscheinlich selbst das nicht gelingen, da sich die Großmächte über das Datum der Weltwirtschaftskonferenz noch nicht im Klaren sind.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH, Berlin SW 19, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909 Druck A Janiszewski Buchdruckerei und Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29

Wie ein Einzug in eine feindliche Stadt! Eigentlich war es erschütternd.
An der Spitze die Offiziere ... dann die Kolonnen, und zuletzt der Nachwuchs; junge Gesichter, Schüler von siebzehn oder achtzehn Jahren.

So jung war ich damals auch!
Aus der Obersekunda hatte ich mich freiwillig zur Marine gemeldet, achtzehn Jahre war ich gerade ...

Mein Besucher starrt wieder durchs Fenster. Was er wohl will? Schlecht zu gehen scheint es ihm nicht. Er sieht gepflegt aus, hat einen weichen, sauber gestutzten Bart, die Krawatte paßt zu seinem hellen Anzug.

„Ja, die Gesichter heute, die Soldaten in den alten Felduniformen und die eisig dastehenden Arbeiterreihen. Vierzehn Jahre ist das nun her. Dieser Sonntag damals, der 3. November in Kiel. Wissen Sie, ich war einer von den Rekruten, die den Zugang zum Arresthaus abgeriegelt haben ...“

„Abgeriegelt nennen Sie das?“
„Hören Sie. Ich ...“ Er steht auf, als wolle er weg.

„Sie erinnern sich doch, die Matrosen vom 4. Geschwader, die die Feuer rausgerissen hatten und nachher ganz Kiel auf den Kopf stellten, sollten wieder auf die Schiffe.“

Der Gouverneur hatte Alarm blasen lassen.

Als dem Befehl nicht Folge geleistet wurde, und die Matrosen zum Viehburger Gehölz zogen, ließ der Gouverneur sein Dienstgebäude von einer Kompanie Seesoldaten umstellen. Die Bewachung der Arrestgebäude, die die Kulis stürmen wollten, übertrug er dem Kapitän zur See Bartels. Der Kapitän überwies die Aufgabe einem Hauptmann. Aber der Hauptmann hielt sich mit seiner Kompanie in Reserve. Nach vorn, gegen die Demonstranten, schickte er einen Leutnant mit einer Abteilung Rekruten. Das waren wir; unser Leutnant hieß Steinhäuser, er war von der Infanterie strafversetzt. Ich sage dies nicht, um ihn zu ver-

kleinern, — er war der Schlechteste nicht. Und seit dem Sonntag damals ist er tot.

Leutnant Steinhäuser hatte uns ausgebildet. Dann war noch der Hauptmann auf dem Kasernenhof, ein dicker Kerl, der immer mächtig rumschnauzte. Den Kapitän Bartels haben wir nur bei der Vereidigung zu sehen bekommen. Und denn noch einmal, bei einer großen Parade, die S. M. abnahm ...

Es fällt meinem Besucher offenbar schwer, über die Sache zu sprechen, die ihn eigentlich hergeführt hat

„Sie müssen meine Einstellung damals verstehen. Wie alle bei uns glaubte ich an das System. Je mehr goldene Aermelstreifen ich sah, um so strammer stand ich da. Als der Kaiser die Front abschritt, fühlte ich meinen Körper kaum noch. Aber lachen mußte ich doch, innerlich natürlich nur, über unseren Hauptmann nämlich. Der war so aufgeregt, daß ihm beim Kommandieren die Stimme über schnappte.“

Nachher gab es gutes Essen, und wir hatten dienstfrei. Ich lief in der Kaserne herum und war eigentlich enttäuscht.

Ich hatte geglaubt, daß ich einen erhebenden Augenblick erleben sollte. Aber der piepsende Hauptmann, und dann das erste Wort des Kaisers. „Leute“ hatte er gesagt. Warum „Leute“, warum nicht Kameraden! Nicht meinetwegen, ich war ja ein junger Rekrut und sollte erst ein Soldat werden. Aber neben mir standen U-Bootsmatrosen und Torpedobootsfahrer mit Orden.“

Alles will er mir erzählen, — die Vereidigung auf die Kriegsflagge, ein Signalkursus auf der „Amazone“, erste Eindrücke von den Kieler Kneipen. Dabei spricht er durchaus nicht unkonzentriert, — es liegt ihm daran, daß ich seine damalige Lage verstehe: seine patriotische Beeinflussung von der Schule her, die monatelange Internierung als Rekrut, die völlige Verbindungslosigkeit mit der wachsenden Bewegung gegen den Krieg.

(Fortsetzung folgt.)

Vierzigstundenwoche.

Verhandlungen in Genf beginnen.

Die vom internationalen Arbeitsamt einberufene Konferenz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Herabsetzung der Arbeitszeit tritt am Dienstag zusammen. 28 Staaten, darunter sämtliche europäische Mächte nehmen an der Konferenz teil und haben umfangreiche Abordnungen entsandt, die aus Vertretern der Regierungen, der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände zusammengesetzt sind. Die amerikanische Regierung entsendet einen Beobachter. Die Moskauer Regierung hat vorläufig zu der Einladung noch nicht Stellung genommen. Die Konferenz hat die alleinige Aufgabe, eine allgemeine einheitliche Herabsetzung der Arbeitszeit als Mittel zur Lösung oder Minderung der internationalen Arbeitslosigkeit zu prüfen. Der Konferenz liegt ein umfangreicher Bericht des internationalen Arbeitsamtes vor, der eine zusammenfassende Darstellung der Arbeitslosigkeit in den einzelnen Ländern sowie die

Gesamtzahl der Arbeitslosen der Welt auf etwa 30 Millionen beziffert und den dadurch entstandenen Lohnausfall auf 105 Milliarden Goldfranken (etwa 84 Milliarden Reichsmark) jährlich schätzt.

Der Bericht kommt zu der Schlussfolgerung, daß eine einheitliche Herabsetzung der Arbeitszeit zu einer neuen umfangreichen Arbeitsbeschaffung führen und damit eine wesentliche Herabsetzung der Arbeitslosenzahl bedeuten würde. Das internationale Arbeitsamt legt ferner der Konferenz den Entwurf eines einheitlich, elastisch gehaltenen Abkommens auf gesetzliche Einführung der 40-Stunden Woche vor, wobei der Lage der einzelnen Länder und besonders der Lage der einzelnen Industriezweige durch Anwendung verschiedener Methoden bei der Einführung der 40-Stunden-Woche Rechnung getragen wird.

Der Direktor des internationalen Arbeitsamtes, Butler (England), gab der Presse einige Aufklärungen über die Aufgaben und Bedeutung der kommenden Konferenz und sagte, daß die Arbeitslosenziffern gegenwärtig einen bisher noch niemals erlebten Höchststand erreicht hätten. Zum ersten Male trete eine Konferenz zusammen, die den Versuch machen werde, durch Kürzung der Arbeitszeit die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. In einzelnen Staaten, insbesondere in Deutschland, seien energische nachhaltige Versuche gemacht worden, durch Einführung einer kürzeren Arbeitswoche eine Herabsetzung der Arbeitslosenzahl zu erreichen. Diese Versuche seien in Deutschland in hohem Grade mit Erfolg durchgeführt worden (?), konnten jedoch nicht eine nachhaltige Erleichterung der Arbeitslosenzahl herbeiführen. Trotz dieser Versuche in den einzelnen Ländern sei eine gesetzliche Einführung der 40-Stunden-Woche bisher noch nirgends erfolgt. In einzelnen großen Industriestaaten seien einzelne Industriezweige aus wirtschaftlichen, sozialen Gesichtspunkten bereits zu einer wesentlichen Kürzung der Arbeitswoche geschritten.

Der Bericht des internationalen Arbeitsamtes zeige in größter Deutlichkeit die außerordentlich ernstesten Gefahren der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit sowohl von wirtschaftlichen als auch sozialen Standpunkt aus. Die Belastung der Regierungen und der Steuerzahler durch die Arbeitslosenunterstützung sei zu einer untragbaren Last geworden. Besonders stark seien hierdurch die USA, Deutschland und England betroffen. Die Konferenz werde die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung der gesamten Welt auf diesen erstmaligen Versuch der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Herabsetzung der Arbeitszeit lenken. Die Bedeutung der Konferenz liege in der Klärung der Grundfrage des gesamten Arbeitslosenproblems. Insbesondere werde sich die Konferenz mit der schwierigen Frage zu befassen haben, wieweit die fortschreitende Vervollkommnung der Technik in den letzten vergangenen zehn Jahren mit einer der Ursachen der Arbeitslosigkeit sei. Die Konferenz trage einen vorbereitenden Charakter. Die im Mai stattfindende internationale Arbeitskonferenz werde endgültig über die Annahme eines allgemeinen Abkommens über die Einführung der 40-Stunden-Woche zu entscheiden haben.

Sportsmäßige Angestellten-Schinderei.

Rennberichte über Verkaufsergebnisse.

Ein raffiniertes und unverschämtes Antreiber-system wird in der Verkaufsfiliale Bremen der „Bottina“ — Schuhfirma angewandt. Im Garderobenraum der Angestellten dieser Firma wird täglich — wie die Bremer „Volkszeitung“ berichtet — folgender in Schreibmaschinenschrift gefäßer Anschlag ausgehängt:

Rennbericht.

Stand am 11. Dezember 1932:

1. Fr. A	265,15	11. Frau L	76,50
2. Frau B	262,63	12. Frau M	68,65
3. Fr. C	181,70	13. Fr. N	65,85
4. Herr D	168,50	14. Fr. O	39,55
5. Herr E	135,25	15. Fr. P	31,45
6. Fr. F	134,80	16. Fr. Q	29,85
7. Fr. G	114,10	17. Fr. R	23,80
8. Fr. H	93,90	18. Fr. S	13,38
9. Fr. J	93,25	19. Fr. T	2,48
10. Fr. K	88,90		

Fr. A ist an die 1. Stelle gerückt. Jetzt aber auch die Spitze nicht wieder abgeben.

Frau B um Nasenlänge geschlagen. Bei der nächsten Wertung hoffentlich wieder heißer Favorit!!!

Fr. F überrundet. Keine Luft mehr? Material noch übergenug vorhanden. Nicht locker lassen.

Herr E macht einen kraftvollen Vorstoß zur Spitze. Von der 15. Stelle auf die 5. vorgedrückt. Ueberraschend!! Sehr schön.

Wo bleiben die beiden guten Tips L und J? Fallen immer mehr ab!!!!

Fr. S als Letzte. Mitten unter dem Nachwuchs. Sollte sich schämen!!!!

Wollen

Sie mehr verdienen???????

Dann die letzten Tage mit Hochdruck!!!! Hamburg hat bereits die 500-Meter-Grenze weit überschritten. Wo sind wir?????

Denken

Sie an den schönen Urlaub!!!!

Bottina-Büro, Bremen."

Alle Sperrungen und Interpunktionszeichen sind originalgetreu. Nur die Namen der Angestellten sind durch Buchstaben ersetzt. Der Verkaufserlös der einzelnen Verkäuferinnen ist hier angegeben und wird von dem Herrn Chef zensuriert. Zweierlei Druck wird damit auf die Verkäuferinnen ausgeübt: der Chef droht und ködort — irregeleitete Ehrgeiz will die eine Verkäuferin nicht hinter der anderen zurückstehen lassen. Wer weiß, von welchen Zufälligkeiten oft ein guter Verkaufserlös abhängt, kann die Niedertracht dieser Treiber-Methode ermessen. Quakige Kunden, die aus Zeitvertreib einkaufen gehen und sich dann gern alles im Geschäft zeigen lassen wollen, beschäftigen die Verkäuferin eine Stunde und noch länger — für zwei oder drei Mark Einkauf; manche Kunden kommen vielleicht gar nicht mit dem Willen zum Einkaufen, andere finden nicht das, was sie wünschen. Bei flottem Geschäftsgang steht damit die Verkäuferin während ihrer Tätigkeit unter großer Anspannung und ist abends erledigt. Darüber hinaus führt der so erzeugte Ehrgeiz zu Neid und Mißgunst und zur Anstachelung untereinander, was selbstverständlich irgend welche Regungen von Solidarität leicht erstickt. Doch neben dieser wirtschaftlichen Ausbeutung ist vor allem empörend, die niederrichtige Anmaßung des Chefs, Zensuren zu verteilen ohne danach gefragt worden zu sein — eine Anmaßung, die ein mündiger Mensch nur zähneknirschend erduldet, weil er in Abhängigkeit gehalten wird.

Angestellte! Ihr könnt euch weitgehend aus dieser Abhängigkeit befreien durch gewerkschaftliche Organisation. Jedem von euch sollte das Beispiel „Rennbüro-Bottina“ eine ernste Mahnung dazu sein. Schließt euch eurer Gewerkschaft an und kämpft gegen solche menschenunwürdigen Bedingungen. Alexander Dehms.

Lohnsenkung für belgische Bergarbeiter.

Der Lohntarif der belgischen Bergarbeiter ist bis zum 31. Januar 1933 verlängert worden.

unter der Bedingung, daß die Arbeiter nach diesem Termin eine Verlängerung des Tarifs nicht fordern. Ein neuer Tarifvertrag, durch den die Löhne gesenkt werden, wird inzwischen ausgearbeitet.

Polizei gegen Streikende in Dünkirchen.

In Dünkirchen kam es zu einem schweren Zusammenstoß zwischen den streikenden Hafenarbeitern und der Polizei. Nach einer in völliger Ordnung verlaufenen Demonstration waren die Streikenden auf dem Wege, sich geschlossen nach dem Hafen zu begeben. Die Polizei forderte die Arbeiter auf, auseinanderzugehen. Als diese sich weigerten, den Demonstrationszug aufzulösen, kam es zu Schlägereien. Berittene Polizei wurde gegen die Arbeiter eingesetzt, von denen einige schwer verletzt wurden.

Streik in Solingen!

500 Messerschleifer in Solingen sind gegen einen fünf- und zwanzigprozentigen Lohnabbau in den Streik getreten.

Im Kölner Installationsgewerbe werden seit vier Wochen die Arbeiter einer Anzahl Betriebe ausgesperrt. Die Arbeiter haben seiner Zeit einen Schiedsspruch, der eine Lohnkürzung

von 1,10 Mark auf 1,00 Mark vorsah, abgelehnt. Als daraufhin die Arbeiter einiger Betriebe in den Streik traten, wurden Arbeiter in anderen Betrieben ausgesperrt. Jetzt ist auch die Belegschaft auf dem Neubau des Allianz-Versicherungskonzerns ausgesperrt worden.

Wieder 1500 Bergarbeiter brotlos.

Die Zeche Sachsen in Heesen bei Hamm wird stillgelegt. 1500 Menschen werden erwerbslos. Die Kohlenliefer-Quote von jährlich 1,16 Millionen Tonnen wird auf das Steinkohlenbergwerk Rheinpreußen übertragen, das dadurch angeblich in die Lage versetzt wird, die geplante Stilllegung eines seiner Schächte zu unterlassen, wobei 1800 Mann entlassen worden wären. — Sei dem, wie ihm wolle: Im Zeichen der Ankurbelung werden 1500 Arbeiter auf einen Schlag arbeitslos!

Quittung

über Spenden für den Pressefonds des „Funken“.
K. H. in H. 6.— M.; H. K. in H. 5.— M.; W. H. in H. 5.— M.; J. B. in H. 3.— M.; W. B. in H. 5.— M.; E. L. in H. 3.— M.; K. H. in S. 3.— M.; A. W. in S. 30.— M.; H. L. in S. 10.— M.; N. O. in Z. 20.— M.; L. A. in K. 5.— M.; T. T. in K. 12,50 M.; G. H. in B. 25.— M.; H. S. in B. 15,40 M.; M. H. in B. 5.— M.; J. P. in B. 30.— M.; E. J. in B. 3.— M.; A. K. in B. 2,50 M.; E. L. in B. 5.— M.; P. B. in J. 2,70 M.; F. O. in B. 10.— M.; O. O. in F. 5.— M.; H. S. in B. 8.— M.; M. H. in B. 1,20 M.; A. K. in B. 3.— M.; P. K. in B. 2,64 M.; K. M. in M. 3.— M.; J. S. in F. 10.— M.; K. K. in B. 10.— M.; O. B. in F. 2,50 M.; G. in M. 2.— M.; F. S. in A. 10.— M.; W. K. in M. 50.— M.; L. P. in L. 1,75 M.; Sammlung in A. 15.— M.

Nähmaschinen
Reparaturen / Reinigung
Ersatzteile
gut schnell billig
EUGEN GEHM
Frankfurt a. M. - Riederwall
Engelsplatz 12.

Groß-Haushaltungen,
Gemeinschaften, Land-
helme, Ferien-Lager,
Schulen u. s. w.
erhalten

Reform-Nahrungsmittel
zu Ausnahme-Preisen.
Bitte, Sonder-Liste anfordern!

Frischkost-Reformhaus
Magdeburg
Otto v. Guerickestr. 104.

Reparaturen v. elektr. Bügeleisen, Klingelanlagen usw.
Spezialität:
Anfertigung mod. Tisch- und Nachttischlampen
G. Funke, Elektrotechniker
Göttingen, Jüdenstraße 8, III

SCHAFFEN
EINHEIT!
MASCHINEN

Was tust Du
für die Einheitsfront der Arbeiter-
klasse? — Wenn Du schon kein Redner
und Agitator bist, verwende wenigstens
bei jeder Gelegenheit Klebmarken
mit dem Einheitszeichen. — Bestelle
die Klebmarken noch heute bei der
Nachdruckerei Oscar Wettig, Gehlhäuser, Hesseu-H.

Es kosten bei Voreinsendung des
Betrages: 100 Stück 50 Pfennige, 1000 Stück 8.— Mark. — Zu-
sendung unter Nachnahme zuzüglich 30 Pf. Nachnahmegebühr

Das Haus der guten Schuhe
H. Ebel
Berlin N 65, Maxstr. 27
Reinickendorf, Residenzstr. 97/98
Telefon: 0 6 Wedding 2358
Bei Vorzeld. d. Inserates 5% Rabatt!

Oberhemdenstoffe,
Tricoline, Flanelle, Oxfords
günstige Posten Maccotuch
kauft man gut und billig bei
Kurt Levy, Berlin O112
Scharnweberstr. 16/17.

Maßarbeit erstklassig
und billig
Herren - Anzüge, Mäntel, Damen-
Kostüme, Aufbügeln und Reparaturen
Alfred Arensberg
Berlin-Reinickendorf-Ost
Hinter der Dorf-Aue 14

Bürobedarfsartikel
Reparaturen und Reinigung
von Schreibmaschinen
C. Lotze
Göttingen
Johannisstr. 2
Butter
Käse, Eier
Landbrot
A. H. Timmermann
Hamburg 85, Luisenweg 61 III.
Anfertigung eleganter
Damengarderobe
und
Reformkleidung
I. Fürchtenicht
Göttingen, Nikolausberger Weg 87.

„Haltet Euch gesund
durch naturgemäße Kost“
Reformhaus Gesundheitsquelle
Berlin, Köpenicker Straße 96
Bereits 80 Mark genügen!
Und Sie erhalten einen hochwertigen **MAßANZUG**.
aus erstklassigem Stoff,
mit bestem Futter,
in sorgfältiger Maßarbeit.
Preisänderungen nach oben und auch nach unten,
je nach Stoffqualität. Machen Sie bitte einen Versuch!
R. Schönheit, MADEBURG, jetzt
Johannisbergstr. 10, III.

BERLIN
KAMERA
Unter den Linden 14 - A1 Jäger 2987
Seit 10. Januar: **Asien, so und so**
Der Russenfilm
Der blaue Express
Regie: I. Trauberg
Der Rächer des Tong
mit Edward Robinson
Erste Vorstellung 18, letzte Vorstellung 21 Uhr

Freunde
und Leser des
„Funken“!
Unterstützt
Eure
Zeitung!
Wacht Abonnement!
Sammelt Anzeigen!
Vorwärts bei Einkäufen
unsere Inserenten!

A. JANISZEWSKI
BUCHDRUCKEREI UND VERLAG/GMBH
druckt Flugblätter,
Zeitungen,
Zeitschriften
und jede Art
Geschäfts-
drucksachen
Berlin SO34, Elisabethufer 28-29
Telefon: Sammelnr. P 1 Moritzplatz 5471

Was soll die Arbeiterschaft tun gegen die Militärdiktatur in Deutschland

Das Stillhalten der organisierten Arbeiterschaft gegenüber Schleicher und den hinter ihm stehenden Unternehmern und Großagrariern macht weitgehend eine Neuorientierung der klassenbewußten Arbeiter in den grundsätzlichen und taktischen Fragen notwendig.

„Ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Praxis!“ Die Theorie, auf der der ISK seine politische Arbeit aufbaut, ist in folgenden, kurzgefaßten Schriften niedergelegt:

LEONARD NELSON: Die bessere Sicherheit, Ketzereien eines revolutionären Revisionisten. 2. Aufl. 22 Seiten. 0,40 M. Diese Schrift enthält die kritische Auseinandersetzung mit dem „historischen Materialismus“.

MINNA SPECHT: Jakob Friedrich Fries. Der Begründer unserer politischen Weltanschauung. 28 Seiten. 0,60 Mark.

Verlag „Öffentliches Leben“
Berlin S 14, Inselstr. 8a, Postbebeck: Berlin 81849

Aus dem braunen Sumpf. SA-Pleite in Düsseldorf. Der gepfändete „Kampfschatz“.

Wie die Düsseldorfer „Volkszeitung“ berichtet, herrscht in der Düsseldorfer SA große Unzufriedenheit über die in den letzten Tagen erfolgte Schließung von SA-Kasernen. Diese Kasernen mußten geschlossen werden, weil kein Geld mehr für ihre Unterhaltung und Miete und für die Verpflegung der SA vorhanden ist. Um wenigstens die „Stabwache“ aufrechterhalten zu können, wurde ein Teil der bisher in den Kasernen wohnenden SA-Leute bei wohlhabenden Nationalsozialisten untergebracht. Den SA-Leuten war versprochen worden, die in den vergangenen Wochen von ihnen in Düsseldorf gesammelten Gelder „Für Hitlers Kampfschatz“ würden zur Abzahlung von Uniformschulden und zur Verpflegung der SA-Leute Verwendung finden. Diese Erwartungen sind aber schwer enttäuscht worden, da der Gerichtsvollzieher wiederholt derartige Sammelbüchsen gepfändet hat für eingeklagte Schulden des sich in großen Schwierigkeiten befindenden Düsseldorfer Völkischen Verlags.

Niedergang der NSBO. Es kracht in den Fugen.

Der „Angriff“ vom 5. Januar 1933 berichtet an unscheinbarer Stelle, daß die nationalsozialistische Betriebszellen-Fachgruppe für das Gasthausgewerbe aufgelöst wurde. Dazu weiß der „Deutsche“, das Tagesorgan der Christlichen Gewerkschaften, von gut unterrichteter Seite zu berichten:

„Obwohl sich die NSBO in der zweiten Jahreshälfte 1932 zunächst recht günstig entwickelte, kam es auch dort zum Jahresende zu umfangreichen Zersetzungserscheinungen. In einzelnen Betrieben hat die Austrittsbewegung aus der NSBO einen derartigen Umfang angenommen, daß die Zellen nicht mehr aufrechterhalten werden konnten. Da fast drei Viertel aller NSBO-Mitglieder nicht der Partei angehören und einer viel lockereren Disziplin unterstehen, hat sich die Enttäuschung über den Mißerfolg Hitlers bei den Regierungsverhandlungen, über die Tolerierung der Schleicher-Regierung und über den Straßen-Konflikt gerade bei den Betriebszellen verheerend ausgewirkt. Bei den einzelnen Betrieben sind 40 bis 70 Prozent der parteimäßig noch nicht erfaßten Mitglieder der NSBO in den letzten Wochen wieder abgesprungen. Das Zusammenschmelzen der Bewegung hat nun der Leitung die Erwägung nahegelegt, auf selbständige Zellen in den einzelnen Betrieben zu verzichten und sich mit kleinen Betriebsstützpunkten zu begnügen. Die bisherigen Mitglieder sollen enger in den Parteirahmen eingefügt werden.“

Wieder einmal ein Dementi.

Nach der bekannten Methode, alle durchgesickerten Tatsachen einmal zu dementieren, veröffentlicht Dr. Ley eine Erklärung zu der Behauptung der „Rheinischen Zeitung“, er schulde dem „Bank- und Börsenfürsten“ Baron von Schröder, in dessen Hause die Zusammenkunft zwischen Papen und Hitler stattfand, noch rund 140 000 Mark. Ley habe Herrn von Schröder oder dem Bankhaus J. H. Stein nie einen Pfennig geschuldet. Es interessiert ja nicht so sehr, in welcher juristischen Form die Finanzierung der NSDAP durch Schröder vorgenommen worden ist. Tatsache ist, daß Schröder, wie in der Nationalsozialistischen Pressokorrespondenz zu lesen war, ein Freund der NSDAP ist. Außerdem ist Schröder nicht nur Inhaber des Bankhauses J. H. Stein, von dem Ley auffälliger Weise allein schreibt, sondern auch noch der Firma Levy und Oppenheim.

Der Kampf um die Zuständigkeit.

In letzter Zeit ist es wiederholt vorgekommen, daß Partei- und Pressestellen der Nazis die widersprechendsten Erklärun-

Der subventionierte Pressesumpf.

In der Denkschrift der Oberrechnungskammer über die Prüfung der preußischen Staatshaushaltsrechnungen für das Rechnungsjahr 1930, die dem preußischen Landtag zugeleitet wurde, finden sich auch Ausführungen über finanzielle Unterstützung von Presseunternehmen durch die preußische Staatsregierung.

Schon in der Aufstellung für 1929 wurde unter der Rubrik „Unvorhergesehene und vermischte Ausgaben“ und unter den außerplanmäßigen „Ausgaben zur Behebung außerordentlicher Notstände“ insgesamt 730 000 Mark gefunden, die auf ministerielle Anordnung an den Pressereferenten im Finanzministerium „zur Beseitigung eines außerordentlichen Notstandes gezahlt worden sind. Die weiteren, von der Oberrechnungskammer veranlaßten Prüfungen ergaben, daß diese Gelder von den Pressereferenten an die mit staatlichen Mitteln begründete „Zentrale Verlagsgesellschaft m. b. H.“ (kurz ZVG genannt) weitergeleitet worden sind. Gegenstand dieses Unternehmens war nach dem Gesellschaftsvertrag „der Betrieb aller Arten des Verlagsgeschäfts sowie die Beteiligung an allen Geschäftsbetrieben, die dem Verlagsgeschäft dienen“. Von Beginn ihrer Tätigkeit an verwendete die ZVG ihre Mittel zu Beteiligungen bei der Kölner Verlagsanstalt und Druckerei A.-G., beim Generalanzeiger Verlags-G. m. b. H. in Osterode, beim Stolper Generalanzeiger G. m. b. H. in Stolp und bei der Dr. Rudolf Dammert G. m. b. H. in Berlin. Ferner wurden Kredite gegeben an die erwähnte Kölner Verlagsanstalt, an die Kösliner Neuesten Nachrichten, an Mirbachs Telegraphenbüro in Berlin, an die „Zeitung für Morgen“ in Berlin, an die Deutsche Nachrichten- und Korrespondenzgesellschaft in Berlin, an den Presseverlag Dr. Dammert G. m. b. H. in Berlin sowie an die erwähnten Generalanzeiger in Osterode und Stolp.

Die Aufwendungen für diese Zwecke betragen von April bis Dezember 1929 insgesamt 1 189 000 Mark. Auch im

nächsten Geschäftsjahr (Kalenderjahr 1930) wurden, nach Ueberweisung weiterer Mittel „zur Pflege und Förderung kultureller (?) Belange in den Grenzgebieten“ (!), unter anderem zu Beteiligungen bei der Kölner Verlagsanstalt und der „Kieler Zeitung“, sowie zu Kreditergaben an die Kölner Verlagsanstalt, die Kösliner Neuesten Nachrichten, die Deutsche Nachrichten- und Korrespondenzgesellschaft, den Presseverlag Dammert, die Generalanzeiger von Osterode und Stolp und an den Ostpreußen-Druck G. m. b. H. in Königsberg insgesamt 847 000 Mark verausgabt.

Ein „außerordentlicher Notstand“, zu dessen Beseitigung diese hohen Staatsmittel aufgewendet werden mußten, ist von der Staatsregierung darin erblickt worden, daß in den Grenzgebieten, besonders den östlichen, keine oder zu wenig Zeitungen existieren, die die nationale Politik im Sinne der Staatsregierung stützen!

Die Oberrechnungskammer hat ferner festgestellt, daß die Verwaltung der ZVG, die nur aus drei Personen bestand, außerordentlich hohe Kosten verursacht hat. In der Zeit von April bis Dezember 1929 allein 162 700 Mark!

Vor kurzer Zeit erst wurde die ZVG aufgelöst. Die völlige Abwicklung der Darlehen der ZVG ist der Deutschen Revisions- und Treuhandgesellschaft übertragen worden. Schon jetzt steht aber fest, daß der größte Teil der vom preußischen Staate als Darlehen oder Beteiligungen gewährten Gelder verloren ist.

Die ZVG ist aufgelöst worden, welche neue „Zentrale Verlagsgesellschaft“ mag inzwischen wieder unter anderem Namen, in anderer Tarnung eröffnet worden sein? So müssen die Arbeiter als Steuerzahler auch noch die Presse ihrer ärgsten Klassenfeinde und die nationale Politik der Reaktion mit subventionieren.

gen und Behauptungen vom Stapel ließen, was für die Partei immer peinlich war, da sie ihre eigenen Leute dementieren und zurückpfeifen mußte. Der in das braune Mysteriengebilde Hitlers nicht tiefer eingedrungene, sozusagen völkische Laie weiß dann natürlich nie, welche dieser geschwätzigen Parteistellen nun eigentlich die „zuständige“ ist. Die Reichspressestelle der NSDAP erklärt daher jetzt diktatorisch, daß sie die einzige „amtliche“ Nachrichtenstelle der Nazioten sei.

Nazi-Bennecke noch immer auf freiem Fuße.

Der der Mitwisserschaft, wenn nicht gar Mittäterschaft an der Ermordung des SA-Mannes Hentsch dringend verdächtige Dr. Bennecke aus Dresden befindet sich noch immer in Freiheit und konnte am Montag in großen Versammlungen der Nazis sprechen, wo er die sächsische Regierung und die Polizei scharf angriff. Hoffentlich wird die Immunität dieses Landtagsabgeordneten bald aufgehoben, bevor er alle Spuren der Tat verwischen konnte.

Nazis sprengen KP-Versammlung.

Im Nordosten Berlins fand am Montag abend in den Union-Festsälen eine kommunistische Versammlung statt, die von Nationalsozialisten mit Tränengasbomben, Stinkbomben und Waffengewalt gestört wurde. Als die anwesenden Arbeiter gegen die Störer vorgingen und sie hart bedrängten, griff die Polizei ein und löste die Versammlung auf. Fünf Nationalsozialisten und ein Kommunist wurden zwangsgestellt. Im Anschluß an diese Versammlungsgestörung kam es auf der Straße noch zu einer Schlägerei, bei der ein Nationalsozialist erhebliche Kopfverletzungen erlitt und ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Die Polizei nahm auch hierbei sechs Zwangsgestellungen vor.

Nazi-Schütze verletzt Kommunisten.

In Breslau stießen am Sonntag mehrere hundert Angehörige der „Hitler-Jugend“ mit Kommunisten zusammen. Einer der Nazis verletzte einen Kommunisten durch einen Schuß erheblich. Berittene Polizei trieb die feindlichen Gruppen auseinander und verhaftete drei Nationalsozialisten.

Wie jetzt erst bekannt wird, wurde bei dem Vorgehen der Polizei gegen Teilnehmer an der Protestdemonstration der Eisernen Front, die am Sonntag in Breslau stattfand und von der wir schon berichteten, ein Mitglied des „Jungbanners“ durch Schläge auf den Kopf mit dem Gummiknüppel so schwer verletzt, daß der Niederknüttel mit einer schweren Gehirnerschütterung wegen Lebensgefahr ins Krankenhaus gebracht werden mußte!

In Trebbin bei Berlin kam es schon wiederholt zu Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und linke stehenden Arbeitern. Am vergangenen Freitag abend entstand im Anschluß an eine kommunistische Versammlung eine schwere Schlägerei, in deren Verlauf geschossen wurde. Ein unbeteiligter Jungarbeiter erhielt einen Beckenschuß. — Später überfielen die Nazis einen Sportler, der Parteifreunde mit dem Ruf „Freiheit!“ grüßte. — Am Sonntag nachmittag überfielen uniformierte SA-Leute, die Attrappen von leichten Maschinen-gewehren (!) mit sich führten, das kommunistische Verkehrslokal und besetzten es.

Noch ein Opfer politischer Zusammenstöße in Berlin. Am Sonntag abend ist der bei einer politischen Messerstecherei in der Nacht zum 24. Dezember 1932 schwer verletzte SA-Mann S a g a s s e r gestorben.

Landfriedensbruchprozesse beginnen wieder.

Zu sieben Monaten Gefängnis verurteilte am Montag das Berliner Schnellschöffengericht einen Kommunisten, den 21-jährigen Molkereihilfen K. Er hatte zugegeben, bei einem Menschenauflauf gegen ein Nazilokal in der Landwehrstraße am 17. Dezember

eine Hakenkreuzfahne heruntergerissen

zu haben. In der Urteilsbegründung führte Landgerichtsdirektor Steinhaus aus, daß die Strafe nicht zu niedrig sein dürfte, um K. und seinesgleichen, die glauben, nun nach Aufhebung der Sondergerichte und der Antiterrornotverordnung wieder in alter Weise den „politischen Kampf“ führen zu dürfen, eine entsprechende Warnung zukommen zu lassen.

Damit eröffnet die Berliner Justiz nach den Amnestiefestien den neuen Reigen der Landfriedensbruchprozesse. Die Strafe von sieben Monaten erscheint uns sehr hart. Wir notieren sie hier, um von vornherein zu Vergleichen der Strafen anzuregen, die man gegen Links und Rechts jetzt wieder austeuern wird. Erst eine solche Vergleichung wird zeigen, ob die Justiz die „entsprechende Warnung“, von der Landgerichtsdirektor Steinhaus sprach, denen „zukommen läßt“, die nackten Mörderinstinkten unter dem Deckmantel politischer Motive ein angesehenes Betätigungsfeld eröffnet haben: den Nazis.

Sogar dem deutschen Rundfunk zu nationalsozialistisch.

Der Memellandbund, die Arbeitsgemeinschaft der Grenzland-Verbände und (wie wäre es anders möglich) der Verein für das Deutschland im Inland, veranstaltet am Sonntag in Altona eine „Kundgebung für das Memelland“. Die Versammlung war stark besucht; an ihr nahmen unter anderem auch Vertreter der Behörden (!), der Wirtschaftsverbände und der nationalen Parteien teil. Die Hauptrede hielt der frühere langjährige Oberbürgermeister von Memel und jetzige Oberbürgermeister von Rostock, Dr. Grabow. Er forderte die Anwesenden auf, „sich mit aller Kraft dafür einzusetzen, daß das Deutschland zugefügte Unrecht wieder gut gemacht werde“. Was es mit dieser „Wiedergutmachung des Deutschland zugefügten Unrechts“ auf sich hat, geht wohl am besten daraus hervor, daß, wie Dr. Grabow selber berichtete, der erreaktionäre deutsche Rundfunk die Uebertragung der Rede ablehnte, wenn nicht einige Änderungen im Texte vorgenommen würden. Es sollte damit wohl vermieden werden, daß allzu viel außenpolitisches Porzellan zerschlagen würde.

Von der Internationale der Kriegsanwälte und ihren Opfern.

Hk. Am 17. Dezember wurde, wie wir damals berichteten, der Erfurter Kraftfahrer

August Jäger vom Reichsgericht zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt — wegen „Kriegsverrats“.

Er soll 1915 (!) zu den Franzosen übergelaufen und ihnen einen bevorstehenden deutschen Gasangriff verraten haben. Jäger gibt an, sich nachts in den französischen Graben verirrt zu haben. Seinen Prozeß schildert er in drei Sätzen so:

„Ich stand als einzelner Mann unserem höchsten Gericht gegenüber, meine Belastungs- und Entlastungszeugen sind Feinde; konnte keinen heranziehen — Gründe kennen Sie. Dann bin ich zu Unrecht bestraft worden, weil ich wehrlos war, weil ich das Gaschutzpäckchen, anstatt wegzuworfen, mit zum Feinde gebracht habe, und mit Drohung mit der Waffe wurde mir die Aussage erzwungen.“

Der Herr Reichsanwalt sagte mir: ich hätte mich als Soldat lieber erschießen lassen müssen u. s. w.“

Dieser letzte Satz trifft das Wesentliche des ganzen Prozesses: daß das Reichsgericht heute, nach 17 Jahren, Wert darauf legt, einen Menschen wegen sogenannten Kriegsverrats zehn Jahre ins Zuchthaus zu sperren — zehn Jahre! — das hat nur einen Sinn: die Bereitschaft in den deutschen Untertanen zu erzeugen, „sich lieber erschießen zu lassen“, als „den Krieg“ zu verraten; als irgend welche Vorbereitungen zum technisierten Massenmord zu „verraten“, die längst wieder im Gange sind, obwohl inzwischen auch die deutsche Regierung den Krieg feierlich für geküht erklärt hat.

Frau Jäger,

auf die das Urteil wirkte wie ein Schlag, der einen unerwartet und vernichtend trifft, lebt in Erfurt mit zwei Jungen von fünf und sieben Jahren — lebt von Wohlfahrtsunterstützung.

„Lieberale“ Blätter hatten das unerhörte Urteil angegriffen mit dem Hinweis, durch Jägers „Verrat“ sei doch „kein Schaden“

angerichtet worden. Sie meinten damit, daß der deutsche Gasangriff trotzdem gelungen sei. „Kein Schaden!“ Der französische General Ferry, damals Kommandeur der französischen Division, die Jäger gefangen nahm, zieht folgende Bilanz: über den fraglichen Gasangriff:

„Man hat

die Verluste

der Alliierten auf 40 000 Mann geschätzt (darunter 18 000 Franzosen, 21 000 Engländer).“ Der General zitiert dann die Worte, die heute ein diesen Verreckten errichtetes Denkmal zieren: „Am 22. April 1915 wurden die Truppen der 87. DI und der 45. DI von der ersten Gasdecke (nppe de gaz; es handelt sich um den ersten Gasangriff nach dem Blasverfahren; Hk.) vergiftet.“

Seitdem sterben noch täglich Opfer dieser abscheulichen Kriegshandlungen.“

„Kein Schaden!“ —

Die zitierten Sätze stehen in einem Artikel des Generals Ferry aus dem Juli 1930, einem Artikel, der unglücklicherweise den Namen August Jäger enthält. Dieser Artikel hat den Männern vom vierten Strafsenat, die sich — zweifellos! — „lieber erschießen lassen würden u. s. w.“, zur Handgabe gedient, um den bereits einmal begrabenen Prozeß gegen Jäger von neuem aufzurollen.

Der französische General hat den Artikel geschrieben, um gegen den bornierten Kommiß-Dübel seiner damaligen Vorgesetzten zu Felde zu ziehen, die die Warnung durch die Aussage Jägers nicht ernst genommen hatten.

Nachdem es in Leipzig „gerichtsnotorisch“ geworden war, daß die Franzosen und Engländer 1915 von dem bevorstehenden Gasangriff Kenntnis hatten, ohne daß sie sich dagegen gesichert haben, sind jetzt

auch jenseits des Kanals diejenigen munter geworden, die auf eine intakte Kriegsmaschine besonders halten.

Unter Riesenlettern beschuldigt die nationalsozialistische Hetzpresse englische Generale „des glatten passiven Hochverrats“. Im „Daily Express“ dem Blatt, dessen Vertreter in Deutschland als Speichellecker Hitlers dessen Wahlflüge mitgemacht hat, heißt es z. B. „Die französischen und britischen Führer, die von dem beabsichtigten deutschen Gasangriff bei Langemarck erfuhren, gehören genau so vor ein englisches Gericht, wie es Deutschland mit seinem Kriegsverräter August Jäger getan hat.“

Die Internationale der Kriegs-Anwälte ist am Werk! Wir wollen ihr — soweit sie in Deutschland, insbesondere in Leipzig sitzt — das Handwerk nach Kräften erschweren.

Arbeitsbeschaffung durch Wohnungsbeschaffung

Ein brauchbares Teilprogramm.

Johannes Lubahn, der Leiter des Heimstättenamtes der Deutschen Beamtenschaft e. V. und der Beamten-Bausparkasse, veröffentlicht einen Vorschlag: „Arbeitsbeschaffung für 250 000 Arbeitslose durch Errichtung von 100 000 Kleinstheimstätten.“ (Verlag Robert Müller, Potsdam, 40 S.)

Unter Ausnutzung der bestehenden Reichsgesetze hat der Verfasser im Rahmen seiner Organisationen die Errichtung und Finanzierung von 6000 „Heimstätten“ organisiert (als „Heimstätten“ dürfen nach einem Gesetz von 1920 nur Wohnhäuser bezeichnet werden, bei denen zum Beispiel übermäßige hypothekarische Verschuldung und Spekulationsverkäufe durch gewisse Vorschriften ausgeschlossen sind). Lubahn ist also ein Mann mit Erfahrungen auf dem Gebiet der Errichtung von Kleinhäusern. Schon deshalb verdient sein Plan Beachtung.

Ausbau-Heimstätten.

Lubahn tritt ein für *Ausbau-Heimstätten*. Das Land dafür — etwa ein halber Morgen pro Stelle — soll möglichst von öffentlichen Stellen im Erbbaurecht zur Verfügung gestellt werden, sodaß für den Kauf des Bodens keine Mittel aufgewendet werden müssen. An der Peripherie der Großstädte oder auch auf dem Lande sollen noch arbeitende Arbeiter den Bau kleiner Häuser von ihrem Arbeitslohn im Laufe von zehn Jahren finanzieren. Um das zu ermöglichen, soll zunächst nur der Kern des Hauses gebaut werden.

Für die Finanzierung macht Lubahn folgenden Vorschlag: Eigenkapital des Siedlers: 300 Mark. Baudarlehen höchstens: 3000 Mark. Tilgung in spätestens 10 Jahren. Erst darnach soll bei Bedarf ein Erweiterungsbau vorgenommen werden; mit der Familie soll dann das Haus wachsen; die Finanzierung der Erweiterungsbauten soll nach demselben Verfahren erfolgen.

Die monatliche Zins- und Tilgungsrate einschließlich Verwaltungskosten würde nach diesem Plan etwa 30 bis 35 Mark betragen. Von beschäftigten Arbeitern kann dieser Betrag, der an die Stelle der Wohnungsmiete tritt, wohl in der Tat aufgebracht werden, zumal aus Gartenland Lebensmittel gewonnen werden können.

Der Plan geht vorläufig auf die Errichtung von 100 000 Ausbau-Heimstätten. Lubahn fordert, daß von den Mitteln, die für das öffentliche Arbeitsbeschaffungsprogramm vorgesehen sind, 300 Millionen Mark Reichskredite zur Finanzierung von 100 000 Ausbau-Heimstätten zur Verfügung gestellt werden. Nach der Schätzung von Lubahn sind 70 bis 80 Prozent der Gesamtkosten reine Arbeitslöhne; bei Annahme von 70 Prozent und bei Annahme eines durchschnittlichen Bauarbeiter-Stundenlohnes von 90 Pfennig und der Leistung von 2000 Arbeitsstunden im Jahr würden auf Grund von 300 Millionen Mark Krediten 230 000 Arbeitslose während 6 Monaten Arbeit erhalten. Dazu würde kommen die Beschäftigung von Arbeitern durch Einsetzung des Eigenkapitals der Siedler. Insgesamt rechnet Lubahn damit, daß bei der Erstellung von 100 000 Ausbau-Heimstätten über 250 000 Arbeitslose 6 Monate Arbeit erhalten.

Der Bau menschenwürdiger Wohnungen ist dem Bau von Brücken und Eisenbahnunterführungen gewiß vorzuziehen. Darüber kann kein Zweifel bestehen. Trotzdem müssen wir hier einige Bedenken gegen die Plan anmelden.

Vorsicht bei Zahlungsverprechungen!

Von dem Anfangskapital sollen nach dem vorgesehenen Tilgungsplan jährlich durchschnittlich 10 Prozent zurückfließen. Lubahn schreibt: „Sie werden zurückfließen“, obgleich er vorschlägt: bei Arbeitslosen könnten ohne Gefahr für das Siedlungswerk die Tilgungsbeträge gekürzt oder gestundet werden. — Vorsicht!

Justizrat Liertz, ein Düsseldorfer Zentrumsmann, tritt warm für den Plan Lubahns ein und will Sparer veranlassen, zur Finanzierung des Planes Geld zu leihen. Er verspricht ihnen aber unverantwortlich viel, wenn er schreibt: „Praktisch ist nach allen Erfahrungen die Sache so, daß die meisten Geldgeber die Gelder nicht zurückzunehmen wünschen, sondern sie auf längere oder unbestimmte Frist der Gesellschaft (die das Siedlungswerk trägt) überlassen. Deshalb und durch den weiteren Zufluß neuer Gelder wird praktisch die Möglichkeit gegeben sein, die geliehenen Gelder mit kurzen Kündigungsfristen anzunehmen und auf Wunsch zurückzuzahlen.“ (Seite 15 der Werbebroschüre.) — Warum nach so vielen Bankenkrisen, Sparkassen- und Bausparkassen-Schwierigkeiten schon wieder ein Versprechen, dessen Einhaltung nicht gesichert ist. Zur Finanzierung der geplanten Bauten können Sparmittel ehrlicher Weise nur sehr langfristig in Anspruch genommen werden.

Zunächst kommen übrigens nach Lubahns Vorschlag staatliche Mittel in Frage, die durch Eigenmittel der Siedler ergänzt werden.

Noch hängt der Plan in der Luft.

In der Werbebroschüre, der wir die Angaben über den Plan entnehmen, sind eine Reihe von Gutachten zu dem Finanzierungsplan enthalten, unter anderem von Engler, dem Präsidenten des Landesamtes Hessen, und Ellinger, dem Geschäftsführer des Verbandes sozialer Baubetriebe. In der Liste von Personen, die ihre Zustimmung erklärten, finden wir auch Gregor Straßer (mit oder ohne Hitlers Erlaubnis?). Lubahn hat anscheinend eine große Anzahl Personen für seinen Plan zu interessieren verstanden. Und doch hängt dieser noch völlig in der Luft. Nicht nur seine Durchführung ist fraglich; auch wenn er durchgeführt wird, hängt der Plan in der Luft!

Da er gleichzeitig der Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit zu Leibe gehen will, ist er vielen anderen Arbeitsbeschaffungsplänen vorzuziehen. Wer die Wirtschaftskrise von der Wurzel aus bekämpfen will, für den kann der Plan allerdings nur ein Teilglied in einem Gesamtplan sein. Daß der Plan für sich genommen tatsächlich in der Luft hängt, ergibt sich schon aus der vorsichtigen Formulierung Lubahns: „Die Gesellschaft wird nur dort Ausbau-Heimstätten bauen, wo nicht zu erwarten ist, daß in absehbarer Zeit ein erhebliches Nachlassen der Arbeitsgelegenheiten eintritt.“

Wo ist kein Nachlassen, oder besser: eine Zunahme der Arbeitsgelegenheiten zu erwarten? Das hängt ja ganz davon ab, welche Wirtschaftspolitik insgesamt getrieben wird, eine solche, durch die die Schwerindustrie weiter geschützt wird, oder eine Wirtschaftspolitik, bei der Bauern-Siedlung ein Hauptprogramm ist. Je nachdem müssen die Ausbau-Heimstätten an ganz verschiedenen Orten gebaut werden!

Auch die Frage der Baukosten führt an Probleme heran, die Lubahn nicht einmal andeutet: an Fragen der Kartollpolitik und der Außenhandelspolitik. Sollen die neuen Häuser teuer werden wegen hoher Monopolpreise für Baustoffe?

Selbst wenn der Plan von Lubahn für sich genommen völlig fehlerfrei wäre, so bleibt es ein Fehler, einen solchen Plan hinzustellen außerhalb eines wirtschaftspolitischen Gesamtprogramms zur Krisenbekämpfung, ohne seine Einordnung in ein Programm, ähnlich wie wir es in unserer Krisenbroschüre vorgeschlagen haben. („Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.“) Dort spielt bekanntlich die Ankurbelung der Bauwirtschaft auch eine wesentliche Rolle. Zum Bau von Wohnungen für beschäftigte Arbeiter könnte Lubahns Plan unserem Gesamtplan eingegliedert werden; zum Bau von Wohnungen für heute erwerbslose Arbeiter kommen dagegen wohl nur die von uns vorgeschlagenen Maßnahmen in Frage.

Wenn der Plan Lubahn innerhalb des Rahmens der heutigen Wirtschaftspolitik durchgeführt wird, so kommt da-

bei nur heraus: Die vorübergehende Beschäftigung von Bauarbeitern, die Ansetzung von 100 000 Familien auf kleinen Landstücken, sodaß sie etwas krisenfester sind als vorher, schließlich eine weitere Verschuldung des Reiches, — mehr nicht. Die ankurbelnde Wirkung, die von der Durchführung eines solchen Planes ausgehen könnte, wird rasch verpuffen, wenn er nicht eingespannt wird in den Rahmen einer ganz anders orientierten Wirtschaftspolitik, einer Wirtschaftspolitik, die zu Lasten der kapitalistischen Vermögen die Kaufkraft der Massen stärkt und damit die Krise an der Wurzel bekämpft.

Wird Lubahn selber etwas dazu tun, daß sein Plan nicht in der Luft hängen bleibt? Dadurch, daß er sich bemüht, von links bis rechts freundliche Stimmen für seinen Plan zu sammeln und dabei von der SPD über Demokraten und Zentrum bis zu den Deutschnationalen und Nationalsozialisten geht, verbaut er sich selber den Weg dazu. Diese typisch bodenreformerische Methode, die so tut, als ob man in einem politisch luftleeren Raum arbeiten und in ihm unter Mithilfe aller Parteien ein soziales Uebel an der Wurzel packen könnte, führt zu nichts als kümmerlichen Einzelerfolgen, durch die sich allerdings viele über die Erfolglosigkeit in bezug auf das Ziel täuschen lassen. Das sei hier gerade angesichts eines brauchbaren Teilplans eines Bodenreformers mit aller Deutlichkeit gesagt.

Heilmut Rauchenplatt

Deutsche Zahlungsbilanz 1932:

1/2 Milliarde Mark Schuldentrückzahlung.

Das Deutsche Institut für Konjunkturforschung veröffentlicht folgende Schätzung über die deutsche Zahlungsbilanz im Jahre 1932 (Angaben in Millionen Mark):

Quelle:	Verwendung:
Erlös aus Warenausfuhr	Bezahlung der Wareneinfuhr
5 700	4 600
Erlös aus Dienstleistungen, abzüglich Bezahlung ausländischer Dienstleistungen	
200	
Gold- und Devisenabgaben der Reichsbank	
250	
Ziuseinnahmen aus dem Ausland	Zinszahlungen an das Ausland
200	1 000
	Reparationszahlungen
	200
Neuaufgenommene langfristige Auslandsschulden	Rückzahlung von langfristigen Auslandsschulden
100	200
	Rückzahlung von kurzfristigen Auslandsschulden
	350
	Sonstige Kapitalbewegung
	100
	6 450
6 450	6 450

Auch 1932 hat Deutschland neben den fälligen Zinsen einen Teil seiner Auslandsverschuldung abgetragen. Und zwar handelt es sich nach den Schätzungen des Konjunkturforschungs-Instituts um 550 Millionen Mark. Der Verwendungszweck ist bekannt für 450 Millionen Mark; sie wurden zur Tilgung langfristiger Anleihen und Kredite sowie zur Rückzahlung kurzfristiger Schulden des Reichs, der Reichsbank und der Golddiskontbank benutzt.

An Zinsen hatte Deutschland 1000 Millionen Mark zu zahlen, während es nur 200 Millionen Mark für Zinsen vom Ausland einnahm.

Trotz Hoover-Freijahr und Lausanner-Abkommen ist die Zahlungsbilanz mit 200 Millionen Mark Reparationszahlungen belastet. Und zwar handelt es sich um den Zins- und Tilgungsdienst für die Dawes- und Young-Anleihe (abzüglich des Deutschland zugeflossenen Drittels).

Finanziert wurden die Zahlungen an das Ausland in erster Linie durch den deutschen Ausfuhrüberschuß von 1,1 Milliarden Mark. Der Ausfuhrüberschuß, der aktive Saldo aus den Dienstleistungen, die Zinseinnahmen aus dem Ausland und die neu aufgenommenen langfristigen Auslandsschulden reichten jedoch zusammen nicht aus, um die genannten Zahlungen an das Ausland leisten zu können. Zum Ausgleich mußten außerdem von der Reichsbank 250 Millionen Mark Gold und Devisen abgegeben werden.

Die Aktivität der Handelsbilanz ist gegenüber dem Vorjahr erheblich zurückgegangen: von 2,8 auf 1,1 Milliarden Mark. Von der Entwicklung dieses Postens und des Postens „Dienstleistungen“ wird es weitgehend abhängen, wieviel Kapital Deutschland im nächsten Jahr an das Ausland zurückzahlen kann. Es ist nicht sehr wahrscheinlich, daß der Aktivsaldo aus Warenhandel und Dienstleistungen im nächsten Jahr wesentlich zunehmen wird. Wenn die Wirtschaftslage sich bessert, ist sogar eher mit einer Verringerung des Ausfuhrüberschusses zu rechnen, da in der Regel die Rohstoffpreise, die für die deutsche Einfuhr wichtig sind, zuerst steigen, während die Preise der wichtigsten deutschen Ausfuhrprodukte (Fertigwaren) beim Steigen nachhinken. Das Deutsche Konjunkturforschungs-Institut schätzt unter Berücksichtigung dieser Umstände, daß 1933 für die Schuldentilgung nur etwa 300 Millionen Mark zur Verfügung stehen werden.

1929: 340 000 neue Wohnungen. 1932: nur 111 000.

Nach einer Schätzung des Konjunkturforschungs-Instituts sind im Jahre 1932 etwa 110—120 000 neue Wohnungen bezugsfertig geworden. Der Zugang an Wohnungen erreicht damit nur noch knapp die Hälfte des Vorjahresumfanges und etwa ein Drittel des durchschnittlichen Zugangs in den Jahren 1928 bis 1930.

Der Wohnungsbau ist 1932 schätzungsweise mit einem Fünftel am Gesamtzugang neuer Wohnungen beteiligt, gegenüber nur einem Zwanzigstel im Jahr 1931. Die Teilung großer Wohnungen hat also verhältnismäßig stark zugenommen.

In den Jahren 1929 bis 1931 betrug der Anteil der mit öffentlichen Mitteln errichteten Wohnungen am gesamten Neubau in 96 Groß- und Mittelstädten rund 90 Prozent, in den Monaten Januar bis Oktober 1932 machte er nur 70 Prozent aus. An öffentlichen Mitteln für den Wohnungsbau wurden im Jahre 1932 schätzungsweise nur 120—150 Millionen Mark aufgewandt, also weniger als ein Zehntel des Aufwandes in den Jahren regen Wohnungsbaues. An Hauszinssteuer-Hypotheken sind nur etwa 50 Millionen Mark vergeben worden, gegenüber 850 Millionen Mark im Jahre 1929. In den Jahren 1927 bis 1929 wurde mehr als ein Viertel der gesamten Wohnungsbau-Finanzierung durch Hauszinssteuer-Hypotheken beschafft. 1932 wurden viel geringere Mittel für den Wohnungsbau aufgewandt, von ihnen stammte kaum ein Zehntel aus teurer bei den Baulustigen so beliebten Quelle.

H. H.

SCHWEDEN

Wie Kreuger geschwindelt hat: Die Revisionsfirma Price Waterhouse & Co. erhielt im März 1932 den Auftrag, die 160 Kreuger-Gesellschaften zu untersuchen. Das Ergebnis: Kreugers Bilanzfälschungen begannen bereits im Jahre 1917. Die veröffentlichten Gewinne und Verdienste der Kreuger-Gesellschaften überstiegen in den Jahren 1918 bis 1932 die tatsächlichen Gewinne um 1028 Millionen Kronen. Der wirkliche Gesamtgewinn (151 Millionen Kronen) macht nur etwa 1,5 Prozent des Kapitals aus, das in den verschiedenen Gesellschaften während der 14 1/2 Jahre durchschnittlich angelegt war.

Das alte Rezept zur Vergrößerung von Fehlbeträgen.

In Nürnberg wurden die Gebühren der städtischen Werke erhöht, daraufhin sank der Verbrauch an Gas im Laufe eines Monats von 3,71 auf 3,55 Millionen Kubikmeter, der Verbrauch an Wasser von 1,5 auf 1,4 Millionen Kubikmeter; die Straßenbahn beförderte nur 1,17 gegenüber 1,74 Millionen Personen. Lediglich der Verbrauch an elektrischem Strom ist — aus Saisongründen — trotz der Gebührenerhöhung gestiegen von 3,8 auf 4,5 Millionen Kilowattstunden.

Gewiß mag die Verschlechterung der Wirtschaftslage zum Verbrauchsrückgang etwas beigetragen haben. Aber der Rückgang der Fahrgäste der Straßenbahn um 33 Prozent gegenüber dem Vormonat ist zweifellos eine Folge jener ebenso beliebten wie verkehrten Tarifpolitik, die — bar jeder nationalökonomischen Kenntnis — vorhandene Fehlbeträge durch Tarifierhöhungen auszugleichen glaubt und sie dadurch in Wirklichkeit meist erhöht.

SCHWEIZ

Keine politischen Beziehungen mit der Sowjet-Union. — aber das Geschäft zieht doch: Zwischen den zuständigen Behörden der Schweiz und der Sowjet-Union finden zur Zeit in Berlin Verhandlungen statt über einen Warenaustauschverkehr. Der Druck zu diesen Verhandlungen ging von der schweizerischen Ausführungsindustrie aus, die schon seit einem Jahr für die Verstärkung der Handelsbeziehungen zwischen der Schweiz und der Sowjet-Union eintritt. Vor kurzem wurde bereits wegen der Lieferung von Schweizer Käse gegen russische Kohlen, Benzin und Gasöl ein Abkommen getroffen. — Der Schweizer Bundesrat hat sich bisher immer gegen größere Geschäfte mit der Sowjet-Union geäußert und betont auch jetzt, an die Wirtschaftsbesprechungen werde die Wiederaufnahme politischer Beziehungen nicht geknüpft werden.

HOLLAND

Trockenlegung der Zuidersee: Die holländische Regierung hat sich entschlossen, die Trockenlegung der Zuidersee fortzusetzen. Damit sollen vorläufig fünf Jahre lang ungefähr 4000 Personen beschäftigt werden.